

JAHRESBERICHT 2016



FREIE BERUFE: ZAHLEN UND FAKTEN

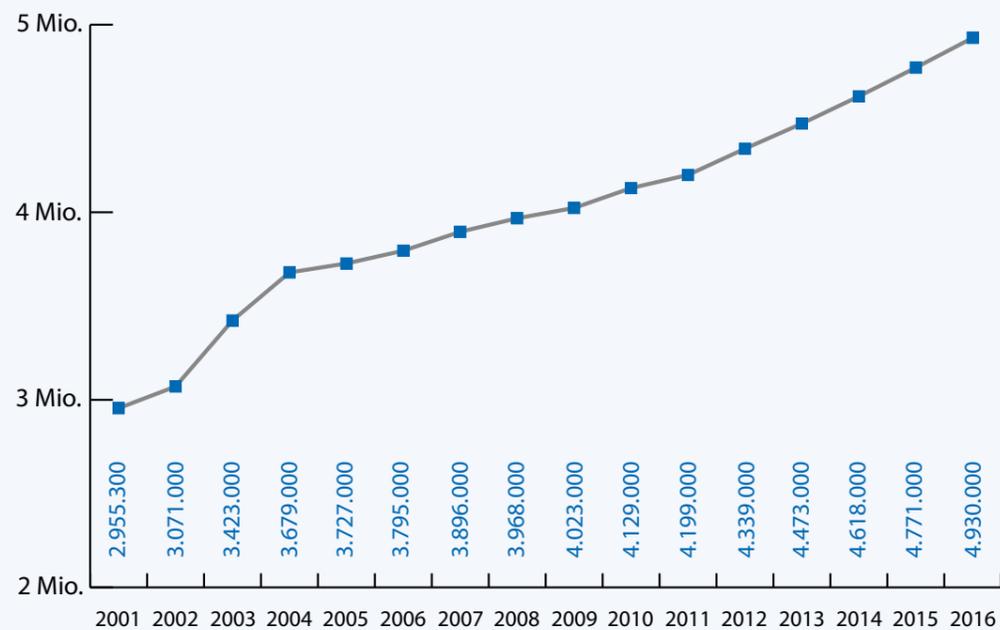
Die Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, sind ein wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Schwergewicht: Im Jahr 2016 beschäftigten allein die rund 1,34 Millionen wirtschaftlich selbstständigen Freiberufler fast 3,6 Millionen Mitarbeiter – darunter circa 122.000 Auszubildende. Gemeinsam erwirtschaften sie einen Jahresumsatz von rund 388 Milliarden Euro und steuern somit 10,1 Prozent oder jeden zehnten Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Die Freien Berufe finden sich in den Heilberufen, den rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufen, im technisch-naturwissenschaftlichen sowie im kulturellen Bereich.

Die wichtigsten Zahlen zum 1. Januar 2016

» Selbstständige in Freien Berufen	1.344.000
Freie Heilberufe	412.000
Freie rechts-, wirtschafts- und steuerberatende Berufe	365.000
Freie technisch-naturwissenschaftliche Berufe	251.000
Freie Kulturberufe	316.000
» Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.195.000
» Auszubildende	122.000
» Nicht sozialversicherungspflichtige Familienangehörige	269.000
» Erwerbstätige in Freien Berufen insgesamt	Σ 4.930.000

Erwerbstätige in Freien Berufen im Zeitverlauf



DER BFB: SPITZENVERBAND DER FREIBERUFLICHEN KAMMERN UND VERBÄNDE

Der BFB, gegründet 1949, ist der Dachverband der Spitzenvereinigungen der Freien Berufe. Mitglied im BFB sind Organisationen aus allen Bereichen der Freien Berufe sowie die Landesverbände der Freien Berufe.



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2016 verlief für den BFB und die Freien Berufe erneut ereignisreich.

Das Arbeitsprogramm 2016 umfasste fortlaufende Dossiers wie das (aus-)bildungspolitische Engagement und die Fachkräftesicherung. Und es versteht sich von selbst, dass Europa, genauer gesagt die Positionierung unseres Verbandes zu den anhaltenden Rufen nach Deregulierung in den Freien Berufen, erneut ein Arbeitsschwerpunkt war. Wie viel dabei für die Freien Berufe auf dem Spiel steht, das zeigte im November 2016 die Ankündigung der Europäischen Kommission, gegen die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Klage erheben zu wollen. Die Argumente für den systemischen Ansatz „Freier Beruf“ zu artikulieren und weiter zu schärfen, das war und ist deshalb Kernaufgabe für den BFB.

Zu unseren vorrangigsten Aufgaben zählt es, die Leistungen und das Profil der Freien Berufe sichtbarer und greifbarer zu machen. Das tun wir gerne und mit großem Stolz: schließlich liegt die Freiberuflichkeit voll im Trend. Viele junge Leute wollen ihren Lebensweg in den Freien Berufen machen; und wer Freiberufler ist, der ist es gerne. Warum das so ist, das zeigt die Publikation „Freier Beruf – Nah am Menschen“: Sie stellt die prägenden Merkmale der Freien Berufe dar und verdeutlicht die Rahmenbedingungen freiberuflicher Tätigkeit. In die gleiche Richtung zielte die Umgestaltung des BFB-Magazins „der freie beruf“ zu einem modernen, ansprechenden Informationsmedium. Das Ergebnis konnten Sie, liebe Leserinnen und Leser, im ersten Quartal 2017 in Händen halten.

Der BFB hat natürlich auch das politisch beherrschende Thema der Jahre 2015 und 2016 – die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt – aufgegriffen. Die Freien Berufe leisten dazu einen substanziellen Beitrag, auch und gerade in Bereichen, die über die reine Arbeitsmarktdimension hinausgehen und die – da nah am Menschen – die ureigene Domäne der Freien Berufe darstellen. Einschlägige Fakten und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration aus Sicht der Freien Berufe sind in der Publikation „Wir helfen!“ zusammengeführt. Sie ist im politischen Raum auf große Beachtung gestoßen.

Intern reihten sich viele gute Neuigkeiten aneinander. Die Mitgliederversammlung 2016 hat fünf neue Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen. Der BFB gewinnt also weiter an Gewicht.

Wir freuen uns, wenn wir Ihre Neugierde auf den Jahresbericht geweckt haben, und wünschen Ihnen eine kurzweilige Lektüre.

Horst Vinken

Dr. Horst Vinken
Präsident

Stephanie Bauer

Dr. Stephanie Bauer
Hauptgeschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

» VORWORT	3
» VERBANDSINTERNE ARBEIT	6
» POLITISCHE ARBEIT	9
» KOMMUNIKATION, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	18
» WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG	21
» Freie Berufe als Wirtschaftsfaktor	21
» Freie Berufe als Arbeitgeber	21
» Konjunkturumfragen 2016	21
» Engagements für die Ausbildung und Fachkräftesicherung	22
» Novellierungsverfahren der beruflichen Bildung	25
» Deutscher Qualifikationsrahmen	27
» Nexxt-Initiative	27
» SCHWERPUNKT QUALITÄTSFAKTOR AUSBILDUNG	28
» EUROPA	30
» Binnenmarktstrategie	30
» Europäisches Semester 2016	30
» Weitere EU-Initiativen	31
» BFB-Studie zur Deregulierungsdiskussion	31
» STANDORTFRAGEN	32
» Integration von Flüchtlingen	32
» Jahresgutachten des Sachverständigenrats	32
» Sozialversicherung und Altersvorsorge	32
» Digitalisierung	33
» Datenschutz	34
» „Arbeiten 4.0“	34
» Selbstverwaltung	35
» Task Force „Syndikusanwälte“	35
» Vergaberecht	36
» Normung	37
» Einheitlicher Ansprechpartner	38
» ANHANG	39
» Mitgliedsorganisationen	39
» Präsidium	40
» Vorstand	40
» Ausgewählte Termine Januar bis Dezember 2016	42
» Stellungnahmen, Positionspapiere, Faktenblätter und politische Briefe	44
» Presse- und Mitgliedermitteilungen	45
» ZU GUTER LETZT: WAS DIE FREIEN BERUFE ALLES LEISTEN	47

IMPRESSUM:

Herausgeber:
 Bundesverband der Freien Berufe e. V.
 Reinhardtstr. 34
 10117 Berlin
 Telefon: +49 (0) 30 / 28 44 44 0
 Fax: +49 (0) 30 / 28 44 44 78
 E-Mail: info-bfb@freie-berufe.de
 Website: www.freie-berufe.de

Gestaltung und Herstellung: brandung3 kommunikation

Der Inhalt des Jahresberichts 2016 spiegelt die Arbeit des Bundesverbandes der Freien Berufe e. V. für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 und bezieht sich auf die entsprechenden Sachstände.

Bildnachweise: istockphoto.com/querbeet (Cover), istockphoto.com/FrankyDeMeyer (Cover), Michael Mann (S. 3), BFB-Henning Schacht (S. 6, S. 9, S. 10, S. 12, S. 13, S. 16, S. 17), Stillfx/fotolia.com (S. 7), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Guido Bergmann (S. 9), Klaus D. Wolf (S. 11), BStBK/Mark Bollhorst (S. 11), BZÄK/axentis_Georg Lopata (S. 12), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net (S. 14), BFB/Alexander Louvet (S. 15), SBB/Robert Hausmann (S. 16), iStockphoto.com/Mitrija (S. 18), Björn Wylezich/fotolia.com (S. 23), vege/fotolia.com (S. 25), spuno/fotolia.com (S. 26), nd3000/fotolia.com (S. 26), cirquedesprit/fotolia.com (S. 27), Robert Kneschke/fotolia.com (S. 28), ISO K^o-photography/fotolia.com (S. 28), artjazz/fotolia.com (S. 30, S. 31), beugdesign/fotolia.com (S. 30), Jonathan Stutz/fotolia.com (S. 32), Marco2811/fotolia.com (S. 33), 3dkombinat/fotolia.com (S. 33), Sashkin/fotolia.com (S. 34), Pixi/fotolia.com (S. 35), Blackosaka/fotolia.com (S. 36), p365.de/fotolia.com (S. 36), braverabbit/fotolia.com (S. 37), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (S. 38)

VERBANDSINTERNE ARBEIT

Die neue Kultur des Miteinanders im BFB verfestigte und vertiefte sich auch im zweiten Jahr nach den strukturellen Weichenstellungen.

BFB-MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2016



MITGLIEDERENTWICKLUNG

Der BFB gewinnt weitere Mitgliedsorganisationen aus dem gesamten Spektrum der Freiberuflichkeit und damit an Bedeutung und Gewicht. Der BFB kann dadurch die gemeinsamen Interessen mit noch mehr Nachdruck in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Ein guter Gradmesser hierfür war die BFB-Mitgliederversammlung 2016 in Berlin. Fünf neue Organisationen wurden aufgenommen: Seit dem 1. Juli 2016 sind die Arbeitsgemeinschaft der KFZ-Sachverständigen e. V. - AGS, der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. (BDB), der Bundesverband der Rentenberater e.V. und der Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V. Mitglied im BFB. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde LOGO Deutschland, die Interessengemeinschaft selbständiger LogopädInnen und SprachtherapeutInnen e. V., in den BFB aufgenommen.

BFB-VORSTAND GIBT SCHWERPUNKTE DER VERBANDSPOLITIK VOR

Der BFB-Vorstand sorgt für die enge Verflechtung zwischen dem BFB und seinen Mitgliedsorganisationen. Die Vorstandsmitglieder sind – wie auch die BFB-Präsidiumsmitglieder – Spitzenvertreter ihrer Berufsorganisationen. Die Personalunion stärkt den BFB von innen heraus, schafft thematische Tiefe und sorgt für effiziente Abläufe.

Bei seiner Frühjahrssitzung stellte der BFB-Vorstand unter anderem die Weichen für den Relaunch des BFB-Magazins „der freie beruf“ sowie für die Publikation „Wir helfen!“ zum Engagement der Freiberufler bei der Integration der Flüchtlinge (siehe Seite 18) und die Broschüre „Freier Beruf – Nah am Menschen“ zum Profil der Freien Berufe (siehe Seite 19). Zudem wurde das „Strategiekonzept Freie Berufe“ beschlossen, mit dem sich die Freien Berufe in der Deregulierungsdiskussion positionieren, beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungen wie dem Europatag von Bundeszahnärztekammer und BFB, der im Juni 2016 stattfand (siehe Seite 12).

In der Herbstsitzung beschloss der BFB-Vorstand die Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2017. Diese sind insbesondere:

- » **Positionierung des BFB zur Regulierung und Deregulierung in den Freien Berufen;** hierzu wurde im Folgenden unter anderem eine wissenschaftliche Studie zur Regulierung in den Freien Berufen vergeben;
- » **Fachkräftesicherung und berufliche Bildung;**
- » **rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmen der freiberuflichen Berufspraxis;**
- » **weitere Erhöhung der „Visibilität“ der Freien Berufe.**

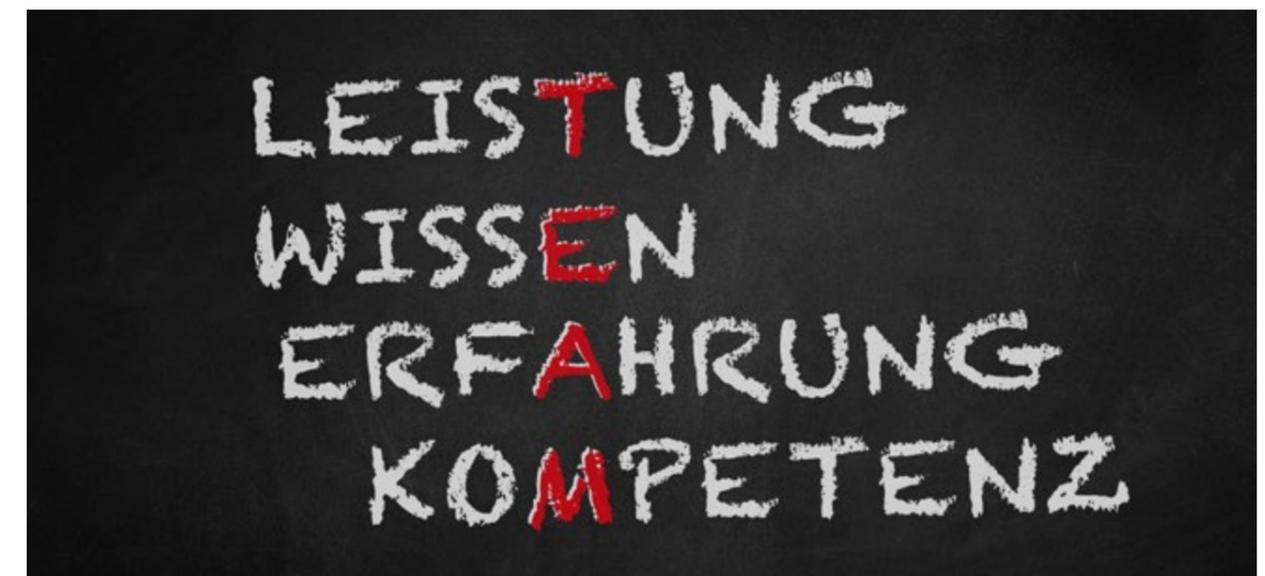
Auch für die verbandsinterne Zusammenarbeit traf der BFB-Vorstand wichtige Weichenstellungen: Beschlossen wurde die Einsetzung interner Arbeitskreise, in denen sich die Mitgliedsorganisationen unter anderem mit der Digitalisierung und dem berufspolitischen Rahmen befassen.

GREMIENARBEIT

Die inhaltliche Positionierung des BFB erfolgt in intensiver Abstimmung mit den Mitgliedsorganisationen. Unter den **BFB-Präsenzveranstaltungen** fest etabliert ist die regelmäßige **Repräsentantenrunde** in Brüssel. Darüber

hinaus wurde verstärkt in verschiedenen, teils neu einberufenen, teils projektbezogenen Gremien zusammengearbeitet:

- » Die **BFB-Arbeitsgruppe zum „Konzept für eine BFB-Initiative zum Wesen der Freiberuflichkeit“** tagte zum Jahresauftakt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe gaben den Startschuss für die Ausarbeitung und schlussendliche Finalisierung der BFB-Broschüre „Freier Beruf – Nah am Menschen“ (siehe Seite 19).
- » Die **Projektgruppe zum Relaunch des BFB-Magazins „der freie beruf“** widmete sich in zwei Sitzungen der Neukonzeption; Umsetzung mit der ersten Ausgabe des Jahres 2017.
- » Die **BFB-Arbeitsgruppe „Abgrenzung zwischen berufsübergreifenden Anliegen und allgemeinspolitischen Fragen“** trat im November 2016 zusammen, um die Vorgaben der BFB-Satzung – Vertretung der gemeinsamen übergreifenden Interessen der Freien Berufe – für die Praxis der Verbandsarbeit zu operationalisieren. Dem BFB wurde ausdrücklich eine hohe Sensibilität für die Problematik bescheinigt.



- » Neu eingesetzt wurde eine **Arbeitsgruppe zum Zukunftsthema Digitalisierung**. Zur Auftaktsitzung im Dezember 2016 wurden mit Dr. Robert Mayr, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG, und mit Dr. Jörg Haas, Vorstandsvorsitzender der HW Partners AG, hochkarätige externe Experten gewonnen. Weitere Sitzungen folgen im Jahr 2017 (siehe Seite 33).
- » Der **Arbeitskreis Finanzen** tagte im Berichtszeitraum dreimal. Im Zentrum seiner Arbeit stand die Begleitung der Haushaltsplanung.
- » Eine **Besprechung auf Ebene der Hauptgeschäftsführer** im Frühjahr 2016 diente dazu, die Umsetzung der Arbeitsschwerpunkte 2016 weiter zu konkretisieren; ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch zur Zusammenarbeit zwischen dem BFB und seinen Mitgliedsorganisationen bestätigte, dass sich die neuen Verbandsstrukturen bewähren.

Der in diesen und anderen Gremien behandelte Themenkatalog war umfangreich. Er reichte über die Flüchtlingsfrage, die „Deutsche Normungsstrategie 2020“, die EU-Binnenmarktstrategie, einschließlich verschiedener öffentlicher Konsultationen der Europäischen Kommission, über die europäische Datenschutzgrundverordnung und den Bürokratieabbau bis hin zu den potenziellen Ausstrahlungswirkungen des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte auf andere Freie Berufe und zur Altersvorsorge von Selbstständigen.

BESETZUNG EXTERNER GREMIEN

Erstmals zum Tragen kamen im Jahr 2016 die Vorgaben der neuen BFB-Satzung für die Benennung von Repräsentanten der Freien Berufe in externen Gremien. Die Nominierung der Kandidaten – beispielsweise für die Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) und für die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund) im Rahmen der Sozialwahlen 2017, für die Vertreterversammlung der Deutschen Apotheker- und Ärztabank (apoBank), für den DIN Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS) und den Umweltgut-

achterausschuss beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (UGA) – folgt strukturierten Vorgaben und hat sich mittlerweile eingespield.

ÜBERTRAGUNG DER „DER FREIE BERUF“ DIENSTLEISTUNGS- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH AUF DEN BFB

Die im Zuge der BFB-Reform beschlossene Übertragung der „der freie beruf“ Dienstleistungs- und Verlagsgesellschaft mbH auf den BFB wurde eingeleitet beziehungsweise umgesetzt. Die Bekanntgabe erfolgte im Handelsregister und wurde im Bundesanzeiger zum 4. Januar 2016 veröffentlicht. Die Löschung wurde vollzogen.

POLITISCHE ARBEIT

Im Schulterschluss stärken die Freien Berufe ihre politische Schlagkraft und Sichtbarkeit. Der BFB bringt mit Nachdruck die freiberufler-übergreifenden Positionen und Bewertungen auf allen politischen Ebenen sowie in alle relevanten gesellschaftlichen Institutionen ein – und setzt eigene Akzente.

NEUJAHREMPFANG



BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

Der BFB startete mit seinem Neujahrsempfang am Mittwoch, den 13. Januar 2016, in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin fulminant in das Jahr 2016. Rund 220 Gäste, darunter mehr als 50 Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie zahlreiche Vertreter der

„Integrationsleistung der Freien Berufe ist vorbildlich.“

Bundesressorts und der Landesvertretungen, hochrangige Repräsentanten der BFB-Mitgliedsorganisationen und befreundeter Wirtschaftsverbände, folgten der Einladung. Der Hauptredner des Abends, Dr. Frank-J. Weise, seinerzeitiger Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA) und Leiter des Bundesamts für Migration und



Dr. Frank-J. Weise, seinerzeitiger Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA) und Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Flüchtlinge (BAMF), sprach über die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Getreu dem Motto „Arbeit schafft Arbeit“ prognostizierte Dr. Weise eine im Verlauf des Jahres 2016 weiter steigende Erwerbstätigkeit. Dazu leisteten die Freien Berufe einen erheblichen Beitrag, indem sie Arbeitsplätze schaffen. Zudem würdigte Dr. Weise auch die Integrationsleistung der Freien Berufe als vorbildlich.

NEUJAHREMPFANG DES BUNDESPRÄSIDENTEN



von links nach rechts: Daniela Schadt, Lebensgefährtin des Bundespräsidenten, BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Joachim Gauck, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Der seinerzeitige Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Gauck, lud am 8. Januar 2016 zum Neujahrsempfang in das Schloss Bellevue ein. Neben Bürgern aus ganz Deutschland, die sich ehrenamtlich für die Gesellschaft engagieren, nahmen rund 160 Repräsentanten des öffentlichen Lebens teil. Die Freien Berufe repräsentierte BFB-Präsident Dr. Horst Vinken.

DIALOG MIT DEM PARLAMENTSKREIS MITTELSTAND DER CDU/CSU-FRAKTION



Über das Paket zur Modernisierung des Vergaberechts tauschten sich der Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der BFB am 18. Februar 2016 aus. Die Freien Berufe waren vertreten durch Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident der Bundesingenieurkammer, Dr.-Ing. Volker Cornelius, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident des Verbandes Beratender Ingenieure, und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, dem Vorsitzenden des PKM-Gesprächskreises „Freie Berufe“, sowie den Bundestagsabgeordneten Marie-Luise Dött, Astrid Grotelüschen, Fritz Güntzler, Anette Hübinger, Sylvia Jörrißen, Dr. Roy Kühne,

Bettina Kudla und Barbara Lanzinger standen die in der Verordnung enthaltenen Regelungen zu Planungswettbewerben, Eignungskriterien, Kosten und Vergütung und zur Auftragswertberechnung [\(siehe Seite 36 f.\)](#).



Bei einem weiteren Gespräch mit dem Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am 14. Dezember 2016 erfolgte ein Meinungs austausch zum Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung der Spitzenorganisationen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie zur Stärkung der über sie geführten Aufsicht“ (GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz). Im Fokus stand dabei die Sicherung der Selbstverwaltungsstandards. Unter der Leitung von Dietrich Monstadt, dem stellvertretenden Vorsitzenden des PKM-Gesprächskreises „Freie Berufe“, nahmen die Abgeordneten Maria Michalk, Dr. Roy Kühne und Klaus Brähmig teil. Die Freien Berufe waren vertreten durch Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer, BFB-Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, und Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bundesärztekammer; ebenfalls dabei BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer [\(siehe Seite 35\)](#).

MÜNCHNER STEUERFACHTAGUNG



Am 16. und 17. März 2016 fand in der bayerischen Landeshauptstadt die 55. Münchner Steuerfachtagung statt, eine renommierte Fachveranstaltung mit namhaften

nationalen und internationalen Referenten. Weit über 800 Teilnehmer nahmen an der Tagung teil. BFB-Präsident Dr. Horst Vinken schlüsselte die Frage „Freier Beruf in Gefahr?“ auf. Sein Appell: „Europa darf unser bestes funktionierendes System nicht durch Deregulierung gefährden.“

Ein Einspruch, der erforderlich sei, weil die Europäische Kommission ihre Offensiven gegen die deutschen Freien Berufe unvermindert fortsetze, obwohl alle relevanten Kennziffern nach oben zeigten.



IMBR-VERANSTALTUNG „AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER REGLEMENTIERTEN UND FREIEN BERUFE AUF DEUTSCHER UND EUROPÄISCHER EBENE“

Die Entwicklungen im Bereich der reglementierten und Freien Berufe auf deutscher sowie europäischer Ebene

standen im Zentrum einer Veranstaltung des Instituts für Marktordnungs- und Berufsrecht (IMBR) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die am 20. Mai 2016 in Berlin stattfand. Die Anliegen der Freien Berufe vertrat Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, in einer lebhaften Podiumsdiskussion. Die kurz zuvor veröffentlichten länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission zeigten, wie wichtig es sei, dass die Freien Berufe proaktiv in Brüssel auftreten und ihre Charakteristika, Stärken und Bedeutung selbstbewusst artikulieren. Nur dann könnten die Freien Berufe ihre Zukunft selbst mitgestalten.

VERLEIHUNG DES GOLDENEN EHRENKRINGS DER BStBK AN BFB-PRÄSIDENT DR. VINKEN



Dr. Raoul Riedlinger, Präsident der Bundessteuerberaterkammer und BFB-Vorstandsmitglied, und BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

BFB-Präsident Dr. Horst Vinken wurde auf dem 54. Deutschen Steuerberaterkongress, der am 23. und 24. Mai 2016 in Berlin stattfand, der Goldene Ehrenring der Bundessteuerberaterkammer (BStBK) verliehen. Er ist der nunmehr dritte Träger dieser Auszeichnung seit Gründung der BStBK vor 55 Jahren. In

seiner Laudatio dankte Dr. Raoul Riedlinger, BFB-Vorstandsmitglied und BStBK-Präsident, seinem Vorgänger, der acht Jahre als Präsident an der Spitze der BStBK stand, für seine Lebensleistung und für seine herausragenden Verdienste für den Berufsstand der Steuerberater und der Freien Berufe insgesamt.

EUROPATAG VON BZÄK UND BFB

Beim Europatag von Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und BFB, der am 1. Juni 2016 unter der Überschrift „Die Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission – Auswirkungen auf die Freien (Heil-)Berufe“ in Berlin mit rund 100 Teilnehmern stattfand, diskutierten Vertreter der europäischen Institutionen, des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, der Wissenschaft sowie betroffener Berufsverbände über aktuelle Herausforderungen der Freien Berufe. Im Mittelpunkt stand die im Oktober 2015 von der EU-Kommission vorgestellte Binnenmarktstrategie. Das BFB-Präsidium war durch Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und BZÄK-Präsident, Dr. Björn Demuth,



BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, sowie Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, hochklassig vertreten. Die Veranstaltung offenbarte erneut die sehr unterschiedlichen Positionen zwischen EU-Kommission einerseits und Mitgliedstaat sowie Berufsstand andererseits, welche die ganze Deregulierungsdiskussion bereits seit Jahren kennzeichnen.

SPITZENTREFFEN DER AUSBILDUNGSALLIANZ

Am 2. Juni 2016 fand in Berlin das Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung unter der Leitung von Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, sowie Sigmar Gabriel, seinerzeitiger Bundesminister für Wirtschaft und Energie, statt. Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, vertrat den BFB. Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung zogen nach der bis dato 18-monatigen Allianz-Laufzeit eine positive Bilanz. Mit Blick auf die nächsten Jahre verständigte sich die Allianz zudem auf zehn zentrale Arbeitsschwerpunkte, um die berufliche Bildung weiter zu stärken (siehe Seite 22 f.).

AUSTAUSCH MIT DEM DSGV ZUR FINANZIERUNGSSITUATION DER FREIEN BERUFE

Am 7. Juni 2016 traf sich BFB-Präsident Dr. Horst Vinken mit Georg Fahrenscho, Präsident des Deutschen Sparkassen-



Georg Fahrenscho, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

und Giroverbandes (DSGV), beim DSGV in Berlin. Auf der Gesprächsagenda standen die gemeinsame Arbeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand sowie die geplante europäische Einlagensicherung von Bankguthaben im Speziellen. Eine funktionierende Einlagensicherung sei *conditio sine qua non* für die Mittelstandsfinanzierung, so die gemeinsame Auffassung. Vereinbart wurde außerdem ein vertiefter Austausch zur Finanzierungssituation der Freien Berufe und deren spezifischen Bedürfnissen.

TREFFEN MIT DER CARITAS ZUM GEMEINWOHL ALS PRÄGENDEM ELEMENT DER FREIEN BERUFE



von links nach rechts: BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin, Dr. Regina Ruppert, BFB-Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater, BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer

Ebenfalls am 7. Juni 2016 fand auf Initiative von Dr. Regina Ruppert, BFB-Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater, ein Gespräch mit Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin, statt. Von Seiten des BFB nahmen neben Dr. Regina Ruppert BFB-Präsident Dr. Horst Vinken und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil. Im Fokus dieses ersten Austauschs stand das Gemeinwohl, für das sowohl Caritas wie auch die Freien Berufe Verantwortung übernehmen.

PARLAMENTARISCHER ABEND DER ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

„Der Mittelstand – starker Partner für Europa“: So lautet der Titel des Jahresmittelstandsberichts, den die Ar-

beitsgemeinschaft Mittelstand bei einem Parlamentarischen Abend am 7. Juni 2016 vorstellte. Rund 160 Gäste, darunter mehr als 20 Bundestagsabgeordnete, folgten der Einladung zu der Veranstaltung in der traditionsreichen Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. Der Abend wurde federführend vom BFB organisiert. Erste Rednerin des Abends war Iris Gleicke, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, für Mittelstand und Tourismus. Europäischen Deregulierungsvorhaben entgegenete sie, gewachsene Strukturen seien zu erhalten, müssten sich aber auch einem Bewährungstest unterziehen lassen. An bewährten Strukturen werde man festhalten. Gleicke wörtlich: „Man darf bei der Deregulierung das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.“ Weiterer Redner war Wolfgang Kubicki, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Er warb für mehr „Mehr Gründergeist entfachen.“ Gründergeist und größere Risikobereitschaft.



von links nach rechts: Dr. Andreas Martin, Mitglied des Vorstands des BVR, Manfred Nüssel, DRV-Präsident, Schirmherrin Sabine Poschmann MdB, Wolfgang Kubicki, stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender, Iris Gleicke, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, für Mittelstand und Tourismus, Dr. Horst Vinken, BFB-Präsident, Ernst Fischer, DEHOGA-Präsident, Günter Althaus, Mittelstandsverband-Präsident, Hans Peter Wollseifer, ZDH-Präsident, Gerhard Handke, BGA-Hauptgeschäftsführer, Stefan Genth, HDE-Hauptgeschäftsführer

DEUTSCHER BUNDESTAG VERABSCHIEDET ANTRAG ZUR BINNENMARKTSTRATEGIE

Am 23. Juni 2016 verabschiedete der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen – Bewährte Standards erhalten“ (BT-Drs. 18/8867); für die Freien Berufe wichtig ist das Bekenntnis des Deutschen Bundestages zur Qualitätssicherung und zum Verbraucherschutz. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Deregulierungsforderungen der Europäischen Kommission lag der Fokus dabei auf der Gewährleistung des Systems der Honorar- und Kostenordnungen und der Sicherstellung der Unabhängigkeit durch Fremdkapitalbeschränkungen. Aus Sicht der Freien Berufe sind die Forderung, die im Rahmen der Binnenmarktstrategie vorgesehene Dienstleistungskarte ausschließlich auf administrative Erleichterung zu beschränken, und die Ablehnung des Herkunftslandprinzips sehr zu begrüßen. Für die Freien Berufe besonders wichtig ist:

- » die Aussage, dass hinsichtlich des Dienstleistungssektors das Ziel, ungerechtfertigte Hemmnisse bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen abzubauen, begrüßt wird, wenn „... gleichzeitig Regelungen, die legitimen Schutzzwecken wie dem Gemeinwohl, insbesondere dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung, dienen, erhalten bleiben;
 - » die Klarstellung, dass ergebnisoffene Prüfungen im Bereich der reglementierten Berufe in den Mitgliedstaaten voranzustellen sind, wobei, „die legitimen Schutzzwecke, insbesondere der Verbraucherschutz, die Qualitätssicherung und die Ausbildungsleistung, denen die Regelungen des Berufszugangs und der Berufsausübung dienen, ... weiter gewährleistet bleiben“ müssen. „Dies gilt auch für die in Deutschland für einige Freie Berufe geltenden Honorarordnungen und Kapitalbindungsvorschriften. Die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz für Berufsregelungen darf daher nicht in Frage gestellt werden. Ein Prüfraster zur Verhältnismäßigkeit oder Empfehlungen, die auf eine Beschränkung oder gar das Infragestellen der Regelungskompetenz des nationalen Gesetzgebers im Bereich der reglementierten Berufe abzielen, sind abzulehnen“;
 - » die Forderung, dass die Dienstleistungskarte so gestaltet werden soll, dass sie „zu einem Abbau bürokratischer Formalitäten bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten führt“, nicht jedoch dazu, „dass der Empfangsstaat gerechtfertigte Anforderungen an den Dienstleister nicht mehr stellen kann“;
 - » das Eintreten für den Erhalt der Fremdkapitalregelungen.
- Der BFB hatte sich im Vorfeld intensiv für die Initiierung und Verabschiedung dieses Antrages und die Berücksichtigung der freiberuflichen Interessen stark gemacht.



BFB-PRÄSIDIUM ZU GESPRÄCHEN IN BRÜSSEL



von links nach rechts: Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Günther Oettinger, seinerzeitiger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft



Am 29. Juni 2016 tauschte sich das BFB-Präsidium bei einem gesetztem Abendessen mit Vertretern der europäischen Institutionen und weiteren Ansprechpartnern aus. Mit Günther Oettinger, seinerzeitiger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, und Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments (EP), konnten zwei hochrangige politische Führungspersönlichkeiten als Redner gewonnen werden. Auch die Ständige Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union (Stäv), die Arbeitsebene der Europäischen Kommission sowie weitere Abgeordnete des EP waren vertreten. Für den BFB nahmen BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident der Bundesingenieurkammer, sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer teil. EP-Vizepräsident Wieland bestärkte den BFB und seine Mitgliedsorganisationen darin, selbstbewusst und mit Nachdruck für das System „Freier Beruf“ auf europäischer Ebene zu werben. Dass die Deregulierung auch kontraproduktive beziehungsweise negative Auswirkungen zeitigen könne, zeige beispielsweise die Handwerksnovelle aus dem Jahr 2004. EU-Kommissar Oettinger appellierte an den BFB und seine Mitgliedsorganisationen, freiberufler-relevante Themen und Prozesse auf europäischer Ebene aktiv mitzugestalten. Dazu gehöre es allerdings auch, die eigenen Regeln und Strukturen einer ständigen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls anzupassen. Ziel sei und bleibe es, die hohe Qualität, für die freiberufliche Dienstleistungen in Deutschland bekannt und geschätzt seien, zu erhalten.

„Selbstbewusst und mit Nachdruck für das System „Freier Beruf“ werben.“

„Hohe Qualität freiberuflicher Dienstleistungen erhalten.“



Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka mit Saied-Omid Kulaly (rechts im Bild) und BFB-Präsident Dr. Horst Vinken

25 JAHRE WEITERBILDUNGSTIPENDIUM

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Weiterbildungsstipendium wendet sich an besonders erfolgreiche Absolventen einer dualen Ausbildung. Das Weiterbildungsstipendium wurde im Jahr 2016 ein Vierteljahrhundert alt. Rund 350 Gäste folgten der Einladung der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) zu einem Festakt am 13. Oktober 2016 in die Bonner Kunsthalle. Darunter auch Vertreter der drei Gesellschafter der SBB: Die Freien Berufe repräsentierte BFB-Präsident Dr. Horst Vinken. Nach einleitenden Worten ehrte Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, stellvertretend für alle Geförderten einige besonders herausragende Stipendiaten, darunter aus dem Kreis der Freien Berufe auch Saied-Omid Kulaly, Steuerberater aus Hessen. Anschließend wurden deren Betreuer in den fast 300 Kammern und weiteren Berufsbildungsstellen, die an der Durchführung des Programms beteiligt sind, ausgezeichnet. Diese ehrenvolle Aufgabe übernahm BFB-Präsident Dr. Horst Vinken.

INTEGRATIONSGIPFEL DER BUNDESREGIERUNG



Am 14. November 2016 nahm BFB-Präsident Dr. Horst Vinken am Integrationsgipfel der Bundesregierung teil. In diesem Kontext betonte er das Engagement und die Integrationsleistung der Freien Berufe.

MEINUNGSAUSTAUSCH MIT DER BUNDESKONFERENZ DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS



Repräsentanten der österreichischen Freien Berufe folgten der Einladung des BFB und tauschten sich am 30. November 2016 in Berlin mit dem BFB-Präsidium aus. BFB-Präsident Dr. Horst Vinken begrüßte Mag. Kurt Frühwirth, Präsident der Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs (BuKo), dessen Vizepräsident Baurat hc. Dipl. Ing. Rudolf Kolbe, der zugleich Präsident des European Council of the Liberal Professions (CEPLIS) ist, sowie BuKo-Pressesprecherin Sigrun Reininghaus-Cussac. Im Zentrum des regen Meinungsaustausches standen die (De-)Regulierungsvorhaben der Europäischen Kommission, von denen auch einige Freie Berufe Österreichs betroffen sind. Angesprochen wurden unter anderem Honorar- und Gebührenordnungen in Deutschland und Österreich, die Fremdkapitalregelungen bei Freien Berufen in beiden Ländern sowie jüngere Entwicklungen bei der interprofessionellen Zusammenarbeit. Verabredet wurde eine bilateral möglichst enge Abstimmung in der Deregulierungsdiskussion.

KOMMUNIKATION, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEARBEIT

Auf kürzestem Weg in die Medien – das garantierten insbesondere Pressemitteilungen und Exklusiv-Statements. Ziel war, die freiberufler-übergreifenden Standpunkte auf Bundes- wie auch EU-Ebene öffentlich zu begleiten, eigene Akzente zu setzen und die Marke „Freier Beruf“ sowie den BFB als Dachverband weiter in der Öffentlichkeit zu verankern. Der persönliche Austausch mit Journalisten entlang der politischen und medialen Agenda stellte sich erneut als besonders wertvoll heraus.

Seine Mitgliedsorganisationen informierte der BFB wie bisher mit gesonderten Mitgliedermitteilungen, insbesondere über den Dialog der BFB-Spitze mit politischen Protagonisten. Das mediale Echo zeigen folgende ausgewählte Artikel:



Europäischen Kommission zitiert; diese zeige, „dass die Tonart vernehmlich schärfer wird.“

„Die Zahl der Freiberufler ist gestiegen.“ – das vermeldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. Juni 2016 exklusiv zur Freiberufler-Statistik des Jahres 2016. BFB-Präsident Dr. Horst Vinken wurde zitiert mit seiner Analyse, wonach die Freien Berufe „von Rekordmarke zu Rekordmarke“ eilten. Auch sein Appell in Richtung Europäische Kommission wird angeführt: „Wachstum durch Qualität bleibt der oberste Leitsatz für die Freien Berufe. (...) das muss auch Europa verstehen.“

„Gute Lage in den Freien Berufen.“ – diese Überschrift setzte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 1. August 2016 über den Exklusiv-Bericht zur BFB-Konjunkturumfrage Frühjahr/Sommer 2016 zur Wirtschafts- und Stimmungslage bei den Freien Berufen. Darin wurde die Bewertung von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken aufgegriffen: „Die Nachfrage nach freiberuflichen Dienstleistungen ist hoch.“

„Freiberufler sind optimistisch.“ – unter dieser Headline berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 21. Dezember 2016 über die BFB-Konjunkturumfrage Herbst/Winter 2016/2017 zur Wirtschafts- und Stimmungslage bei den Freien Berufen. Mit den Worten „die Stimmung ist weiterhin positiv“ wurde die Beurteilung von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken erwähnt.

PUBLIKATIONEN

Im ersten Halbjahr wurde die Publikation „Wir helfen!“ konzipiert. Damit liegt ein kompaktes Kompendium zu den mannigfaltigen Initiativen der Freien Berufe zur Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt vor. Es wurde in Zusammenarbeit mit den schwerpunktmäßig bei dieser Aufgabe



geforderten BFB-Mitgliedsorganisationen erstellt und bietet einen Überblick über die diversen Engagements der Freien Berufe. Diese beginnen bei der Hilfe unmittelbar nach der Ankunft in Deutschland, beispielsweise in Erstaufnahmestellen, und reichen hin bis zu längerfristig angelegten Maßnahmen, die auf die Integration in die hiesige Gesellschaft zielen und konkrete Angebote zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt umfassen. Eingebaut sind auch die Einschätzungen der Freien Berufe dazu, unter welchen Voraussetzungen diese Aufgabe gelingen kann. Sprache und Qualifikation bleiben gerade in den Freien Berufen Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche Integration. Elementar dafür ist zudem, dass die Flüchtlinge unser Gesellschaftsmodell, unser Rechtssystem, unsere Staatsstruktur, also unsere „Spielregeln“ des Zusammenlebens, kennen.



Im Jahresverlauf wurde mit „Freier Beruf – Nah am Menschen“ gemeinsam mit den BFB-Mitgliedsorganisationen eine weitere informative Publikation erarbeitet. Sie ist ein Vademekum mit den wichtigsten Fakten und Argumenten rund um die Freien Berufe: Dargestellt werden die prägenden Merkmale des Freien Berufs und daraus resultierende Anforderungen an die Berufsträger hinsichtlich ihrer persönlichen und fachlichen Qualifikation. Verständlich abgeleitet werden die praktischen Konsequenzen, die erforderlich sind, um diese Anforderungen zu erfüllen – nämlich ein spezifischer Rechtsrahmen, der auf ein Höchstmaß von Qualität und Verbraucher-

schutz ausgerichtet ist und in dem Qualitätssicherung, berufsständische Selbstverwaltung und Honorar- und Gebührenordnungen schlüssig ineinandergreifen. Die Gestaltungskraft des Freiberuflers, der sein Handeln an Gemeinwohlinteressen ausrichtet, seine Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung und seine gesellschaftliche Bedeutung durchziehen die Broschüre als Leitmotiv. Griffige Zahlen aus der freiberuflichen Praxis – wie etwa Patienten- und Mandantenkontakte in Millionenhöhe – schließlich veranschaulichen die tiefe Verankerung in Gesellschaft und Wirtschaft.

BFB-MAGAZIN „DER FREIE BERUF“

Das BFB-Magazin „der freie beruf“ ist ein wichtiges Sprachrohr für die interne und externe Kommunikation. Es spiegelt die Positionen der Freien Berufe, profitiert von der inhaltlichen Expertise der Mitgliedsorganisationen und bietet die Möglichkeit zum Dialog mit Hauptakteuren aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft.

Zum Jahresauftakt gab es gleich zwei Beiträge von hochkarätigen Exponenten der Europäischen Kommission. Elżbieta Bieńkowska, polnische EU-Kommissarin für den Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum sowie kleine und mittlere Unternehmen, skizzierte „ihre“ Binnenmarktstrategie. Und Günther Oettinger, seinerzeitiger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, beschrieb seine Strategie für den europäischen Digital-Binnenmarkt.

In der März/April-Ausgabe vermaßen die Vorsitzenden der politischen Stiftungen – Dr. Hans-Gert Pöttering/Konrad-Adenauer-Stiftung, Kurt Beck/Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Dagmar Enkelmann/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Prof. Ursula Männle/Hanns-Seidel-Stiftung – den Beitrag, den sie von den Freien Berufen auf dem Weg hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft erwarten. In der Mai/Juni-Ausgabe loteten die mittelstandspolitischen Sprecher der Fraktionen im Deutschen Bundestag – Christian Freiherr von Stetten/CDU/CSU, Sabine Poschmann/SPD,



Dr. Diether Dehm/DIE LINKE, Dr. Thomas Gambke/Bündnis 90/Die Grünen – aus, wie die Freien Berufe unsere Wirtschaft und Gesellschaft prägen.

Gastautor der Sommerausgabe war Tibor Navracsics, ungarischer EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Er stellte die „Kompetenzagenda“ vor, mit der die EU-Kommission Qualität und Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen verbessern will. Und Prof. Dr. Friederike Welter, Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn, analysierte die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der Existenzgründungen im gewerblichen Bereich und in den Freien Berufen.

In der September/Okttober-Ausgabe rückten zwei der prominenten Autoren den Datenschutz ins Zentrum ihrer Betrachtungen. Andrea Voßhoff, Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, analysierte die Auswirkungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) auf die Berufspraxis der Freien Berufe. Ihr Amtsvorgänger Peter Schaar, heutiger Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, sah in der EU-DSGVO einen Beleg für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Dem Titelthema „Freie Berufe digital“ näherte sich Prof. Dieter Gorny, Beauftragter des Bundeswirtschaftsministeriums für Kreative und Digitale Ökonomie, aus Sicht der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Der letzten Ausgabe des Jahres 2016 widmete Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, einen Gastbeitrag über den Wert sowie die Zukunft des Gemeinwohls und spiegelte die Freien Berufe in seine Betrachtungen ein. Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin, beschäftigte sich mit dem Gemeinwohl und dem Einzelnen. Und die Präsidenten von BFB, DIHK und ZDH stellten in Kurzstatements gemeinschaftlich fest: Ehrenamtliche sichern die duale Ausbildung.

Damit er seiner Aufgabe als Kommunikationsträger auch weiter gerecht wird, wurden auf Grundlage eines Vorstandsbeschlusses mit den BFB-Mitgliedsorganisationen inhaltliche Tiefe und optische Attraktivität grundlegend überarbeitet und modernisiert. Ab dem Jahr 2017 erscheint der runderneuerte „der freie beruf“.

FREIBERUFLER-TICKER

Großer Beliebtheit erfreut sich auch weiterhin der sogenannte Freiberufler-Ticker, mit dem der BFB seine Mitglieder wöchentlich über Wissenswertes rund um die Freien Berufe informiert. Berichtet wird über aktuelle Gesetzesinitiativen, zentrale Dossiers, maßgebliche Urteile, neue Statistiken, relevante Analysen und mehr aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG

Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht zwar weit über ökonomische Aspekte hinaus – die Gemeinwohlorientierung ist ihr Alleinstellungsmerkmal –, doch ihre Bedeutung als Wachstums- und Beschäftigungsmotor ist auch für sich genommen von herausragender Bedeutung.

FREIE BERUFE ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR leisten immer mehr

Zusammen mit ihren Beschäftigten erzielen die Freien Berufe einen immer höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt:

Anteil der Freien Berufe am BIP	
1950*	1,0 %
1992	6,7 %
2009	10,1 %

werden immer mehr

Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen steigt ununterbrochen. Nachdem im Jahr 2008 erstmalig die Eine-Million-Marke durchbrochen wurde, liegt die Zahl Anfang des Jahres 2016 bei 1,344 Millionen. Seit dem Jahr 1992, als erstmalig gemeinsame Zahlen für Ost- und Westdeutschland berechnet wurden, hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Auch unter den Selbstständigen wird der Anteil der Freien Berufe immer größer:

Freiberufler unter den Selbstständigen	
1950*	6,6 %
1992	16,6 %
2016	32,1 %

FREIE BERUFE ALS ARBEITGEBER beschäftigen immer mehr

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Freien Berufen steigt ungebrochen an:

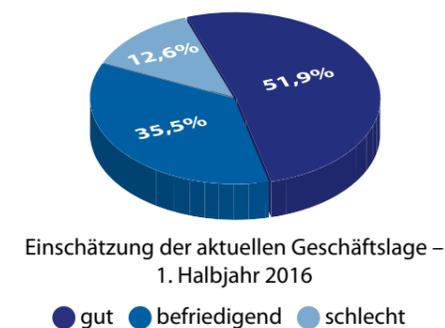
Bei den Freien Berufen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
1977*	640.566
1992	1.350.000
2016	3.195.000

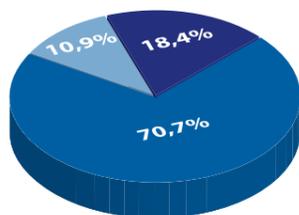
*Werte für Westdeutschland

KONJUNKTURUMFRAGEN 1. UND 2. HALBJAHR 2016

Alljährlich führt das Institut für Freie Berufe an der Wilhelm-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg Konjunkturumfragen im Auftrag des BFB durch. Die BFB-Konjunkturumfragen ermöglichen detaillierte Einblicke unter anderem dazu, wie die Freien Berufe ihre Geschäftslage sowie -perspektiven einschätzen und wie hoch ihr Beitrag zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist. Daraus lassen sich hilfreiche Argumente für die politische Arbeit des BFB gewinnen. In der Konjunkturumfrage im ersten Halbjahr 2016 wurden mehr als 1.000 Freiberufler aus allen vier Säulen befragt: Ihre Geschäftslage und ihre Erwartungen schätzten seinerzeit 87,4 Prozent der Befragten als „gut“ oder „befriedigend“ ein. Weitere 89,1 Prozent rechneten mit einer gleichbleibenden oder sogar besseren Geschäftslage für das zweite Halbjahr 2016.

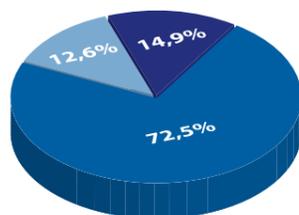
Spezialthema der Umfrage war „Arbeit 4.0“ mit Fragen zum Anteil der Online-Tätigkeiten, zur Nutzung digitaler Medien und zur Digitalisierung. Erwartungsgemäß war bei einer großen Mehrheit der befragten Freiberufler (58,8 Prozent) der Anteil der Online-Kontakte mit Kunden angestiegen. Dabei waren die Befragten der Meinung, dass sich die Effizienz der Arbeit durch die Nutzung digitaler Medien erhöht.





Erwartete Geschäftslage für das kommende Halbjahr – 1. Halbjahr 2016

● günstiger ● gleichbleibend ● ungünstiger

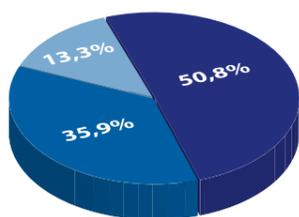


Erwartete Geschäftslage für das kommende Halbjahr – 2. Halbjahr 2016

● günstiger ● gleichbleibend ● ungünstiger

In der zweiten Konjunkturumfrage im zweiten Halbjahr 2016 schätzten 86,7 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Lage als „gut“ oder „befriedigend“ ein, 87,4 Prozent rechneten mit einer gleichbleibenden oder sogar besseren Geschäftslage für das Jahr 2016. Im Spezialteil der Konjunkturumfrage zur Finanzierung wurden die Freiberufler zum Kreditbedarf, den Gründen für den Finanzierungsbedarf und zum Umsatz befragt.

Die große Mehrheit (knapp 70 Prozent) der befragten Freiberufler hatte in den letzten Jahren keinen Kreditbedarf. Von denjenigen, die einen Kredit nachfragten, benötigten 40,9 Prozent kleinere Finanzierungsvolumina bis 25.000 Euro. Rund 35,5 Prozent von ihnen benötigten einen Kredit zwischen 25.000 und 100.000 Euro, 19,1 Prozent zwischen 100.000 und 500.000 Euro und 4,5 Prozent mehr als 500.000 Euro. Für mehr als jeden Siebten war der Aufbau oder die Fortführung der freiberuflichen Existenz Grund für die Kreditaufnahme. Erweiterungsinvestitionen waren für 16,2 Prozent der kreditnehmenden Freiberufler ursächlich, bei 38,1 Prozent waren Stabilisierungsgründe entscheidend.



Einschätzung der aktuellen Geschäftslage – 2. Halbjahr 2016

● gut ● befriedigend ● schlecht

BFB-ENGAGEMENTS FÜR DIE AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Die Freien Berufe sind drittstärkster Ausbildungsbereich neben Industrie/Handel und Handwerk. Daher beteiligt sich der BFB aktiv an Initiativen im Bereich der beruflichen Bildung und verfolgt politische Entwicklungen und Gesetzgebungsvorhaben.

ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG

Seit Januar 2015 läuft die Umsetzungsphase der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“. Sie ist die Nachfolgeinitiative des Ausbildungspakts zwischen der deutschen Wirtschaft und den Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi), für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie für Bildung und Forschung (BMBF).

Im Fokus des Jahres 2016 stand die gezielte Stärkung der dualen Ausbildung. Dies soll durch verbesserte Berufsorientierung an den Schulen und ein gemeinsames Werben der Allianzpartner für die betriebliche Ausbildung erreicht werden. Außerdem ist eine intensivere Kooperation der Schulen mit Arbeitsbündnissen wie „Jugend und Beruf“ sowie den Sozialleistungsträgern wie der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den regionalen Agenturen für Arbeit geplant.

Beim Spitzentreffen am 2. Juni 2016 wurde eine positive Bilanz zur Arbeit der Allianz in den ersten 18 Monaten ihrer Laufzeit gezogen. Mit Blick auf die nächsten Jahre verständigten sich die Partner zudem auf zehn zentrale Arbeitsschwerpunkte für eine starke berufliche Bildung. Hierzu zählt, dass einheimische Bewerber sowie Men-



schen, die nach Deutschland geflüchtet sind, ein hohes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen erhalten sollen. Zudem sollen die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt verringert werden. Hinzu kommen unter anderem die weitere Stärkung der Qualität der dualen Ausbildung, eine höhere Attraktivität der beruflichen Bildung auch mit Blick auf leistungsstarke Jugendliche und ein Ausbau der Nachqualifizierung. Darüber hinaus soll die duale Ausbildung für die digitale Zukunft fit gemacht werden. Der BFB wurde beim Spitzengespräch durch Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, vertreten. Die Umsetzung der Vereinbarungen des Spitzentreffens begann im zweiten Halbjahr 2016. Vorbereitet wurde unter anderem ein Branchendialog für das Frühjahr 2017, bei dem es darum gehen soll, die bestehenden Disparitäten auf dem Ausbildungsmarkt zu verringern. Eine weitere Veranstaltung im September 2017 wird sich dem Thema „Mobilität und Flexibilität bei Jugendlichen und Arbeitgebern“ widmen.

Um Jugendlichen einen reibungslosen Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen, wurde im Allianz-Arbeitsausschuss zudem die sogenannte „Vier-Wellen-Strategie“ zur Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung erarbeitet. In vier zeitlichen Schritten – sogenannten „Wellen“ – werden Jugendliche und Betriebe

das ganze Jahr über bei der Suche und Besetzung von Ausbildungsplätzen unterstützt. Die Beratung wird auch nach Beginn des Ausbildungsjahres mit hoher Intensität fortgesetzt, um auch Nachzügler und Wechselwillige zu erreichen und in Ausbildung zu vermitteln.

Im Berichtszeitraum ist die Internetseite der Allianz ans Netz gegangen:

www.aus-und-weiterbildungsallianz.de

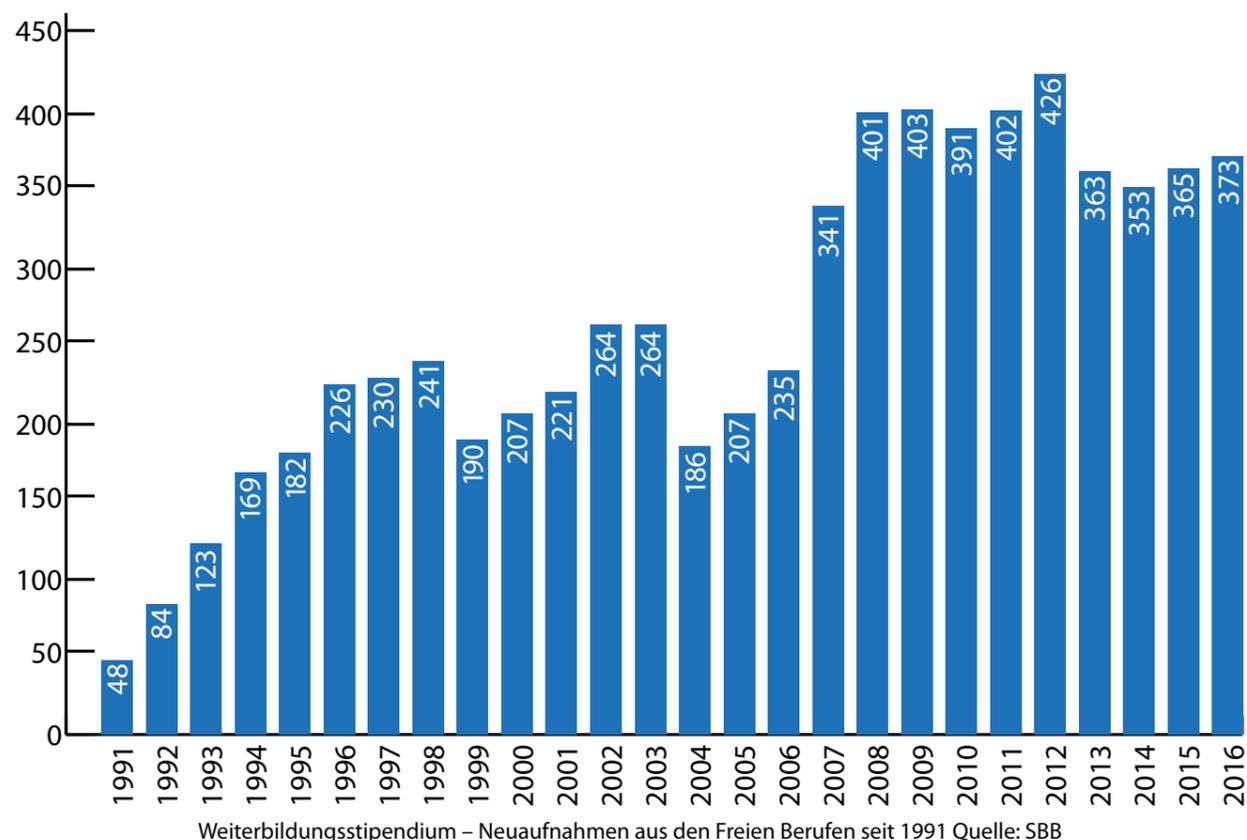
WORKSHOP „ASSISTIERTER AUSBILDUNG“

Am 23. November 2016 fand ein ganztägiger Workshop zur Assistierte Ausbildung (AsA) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) statt. Vertreter der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Arbeitsagenturen/Jobcenter, der Kammern, der Träger und der Länder berichteten über die Erfahrungen mit dem im Mai 2015 befristet eingeführten Förderinstrument für lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche. Das neue Instrument wird trotz der bislang relativ kurzen Laufzeit insgesamt grundsätzlich positiv bewertet. Einigkeit bestand jedoch darin, dass der Bekanntheitsgrad weiter gesteigert werden muss; eine stärkere Einbindung aller Akteure, insbesondere der Kammern, erscheint zudem hilfreich. Verschiedentlich wurde der Wunsch nach mehr Flexibilität geäußert, beispielsweise mit Blick auf die Zielgruppe, die Modalitäten und den Umfang der Betreuung.

STIFTUNG BEGABTENFÖRDERUNG

Der BFB ist gemeinsam mit den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) Gesellschafter der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung GmbH (SBB). Folgerichtig hat der BFB die Arbeit der SBB auch im Jahr 2016 begleitet.

Die Stiftung vergibt mit einem Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Durchschnitt jährlich etwa 387 Weiterbildungs-



stipendien an besonders begabte Auszubildende aus den Freien Berufen.

Im Programm Weiterbildungsstipendium gelten ab dem 1. Januar 2017 erweiterte Förderrichtlinien:

- » Steigerung des Förderhöchstbetrags von 6.000 auf 7.200 Euro;
- » Einführung eines IT-Bonus von 250 Euro;
- » Förderfähigkeit von Prüfungskosten;
- » Steigerung der Tage- und Übernachtungsgeldsätze für Deutschland und das EU-Ausland.

Seit dem Jahr 2008 wird auch das Aufstiegsstipendium durch die SBB abgewickelt. Das Programm richtet sich

insbesondere an Berufserfahrene, die die Möglichkeit des Hochschulzugangs durch Ausbildung, Fortbildung oder Berufspraxis erwerben beziehungsweise erworben haben.

VERA – VERHINDERN VON AUSBILDUNGSABBRÜCHEN



Seit acht Jahren setzt sich der Senior Experten Service (SES) mit seiner Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen sehr erfolgreich für junge Menschen ein, denen die Ausbildung Probleme bereitet. Bundesweit hat er bislang mehr als 7.000 Auszubildende unterstützt. Der BFB ist seit dem Jahr 2009 Partner dieser Initiative.

VerA ist ein Angebot für Ausbildungswillige jeden Alters, jeder Herkunft und gilt für alle Ausbildungsberufe. Das Programm wurde im Jahr 2013 im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) positiv evaluiert: Mehr als 80 Prozent der begleiteten Auszubildenden konnten ihre Probleme mithilfe eines VerA-Begleiters bewältigen: Sie setzten die Ausbildung erfolgreich fort, beendeten sie oder aber fanden einen neuen Ausbildungsplatz. Die Initiative verdankt ihren Erfolg dem individuellen Zuschnitt der Eins-zu-Eins-Begleitung der Jugendlichen.

Seit August 2016 unterstützt der SES die KAUSA Servicestellen des BIBB, deren Zielgruppen nicht nur Migranten, sondern künftig auch Flüchtlinge und Zugewanderte sein werden, mit SES-Experten. Daher ergänzte der SES sein Angebot um die Begleitung von Flüchtlingen vor der Ausbildung.

PASSGENAUE BESETZUNG



Der BFB ist Partner des Programms „Passgenaue Besetzung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), mit dem Betriebe leichter den passenden Auszubildenden finden können. Im Rahmen dieses Programms werden Unternehmen unter anderem bei Fragen der Besetzung von Ausbildungsstellen, bei der Vorauswahl geeigneter Bewerber sowie bei der Durchführung von Bewerbungsgesprächen mit potenziell geeigneten Auszubildenden durch die berufsständischen Kammern unterstützt. Im Programm der „Passgenauen Besetzung“ wurden im Jahr 2016 bundesweit zusätzlich 150 sogenannte Willkommenslotsen aufgenommen. Diese sollten Unterstützung für Betriebe anbieten, die Flüchtlinge beschäftigen wollen.

Bislang werden die Initiative „Passgenaue Besetzung“ sowie die Willkommenslotsen von einer zentralen Leitstelle beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) koordiniert. Der BFB sprach sich im Dezember 2016

in einem Schreiben an das fachlich zuständige BMWi für die Weiterführung beim ZDH aus.

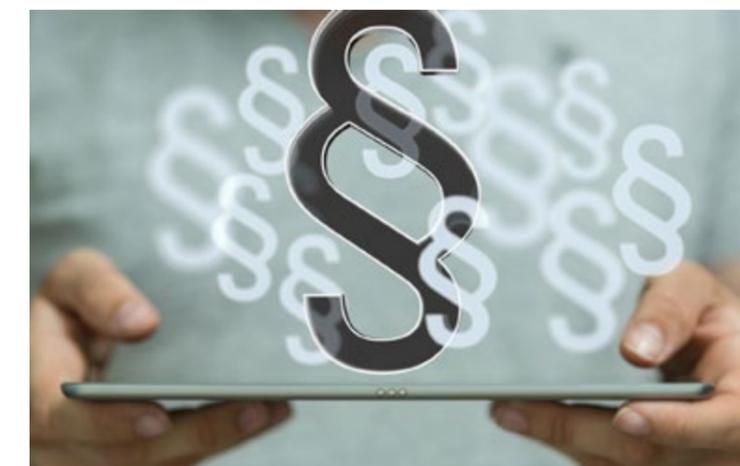
GIRLS'DAY / BOYS'DAY



Der deutschlandweite Girls'/Boys'Day fand am 28. April 2016 statt. Bereits seit Ende 2009 engagiert sich der BFB regelmäßig in den Initiativen Girls'Day/Boys'Day, die den Jugendlichen zur Berufsorientierung einen Einblick in verschiedenste Berufe geben, ohne sie bereits vorher auf typische Männer- oder Frauenberufe festzulegen. Einmal pro Jahr öffnen am Mädchen- und Jungen-Zukunftstag Büros, Kanzleien, Praxen, Apotheken, Unternehmen, Betriebe, Behörden, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen. Mädchen und Jungen ab der fünften Klasse sollen durch verschiedene Projekte und Aktionen auch für sie eher untypische Sparten des Berufsspektrums kennenlernen. Freiberufler können so qualifizierte und interessierte Jugendliche für ihre Assistenzberufe direkt kennenlernen.

NOVELLIERUNGSVERFAHREN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Im Jahr 2016 wurden keine Novellierungsverfahren von Ausbildungsordnungen, die die Freien Berufe betref-



fen, eingeleitet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erwägt jedoch eine eventuelle Neuordnung der geregelten beruflichen Fortbildung für die Fachangestellten im Bereich der Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte (ReNoPat) auf Grundlage von § 53 Berufsbildungsgesetz (BBiG). Bei einem ersten Treffen der Sozialpartner haben sich die Teilnehmer für eine Untersuchung der Fortbildung in den ReNoPat-Berufen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ausgesprochen. Der BFB hatte sich im Vorfeld mit seinen betroffenen Mitgliedsorganisationen abgestimmt und bei dem Treffen der Untersuchung zugestimmt. Das BMBF wird das Verfahren voraussichtlich im Jahr 2017 starten.

EVALUIERUNG DES BERUFSBILDUNGSGESETZES



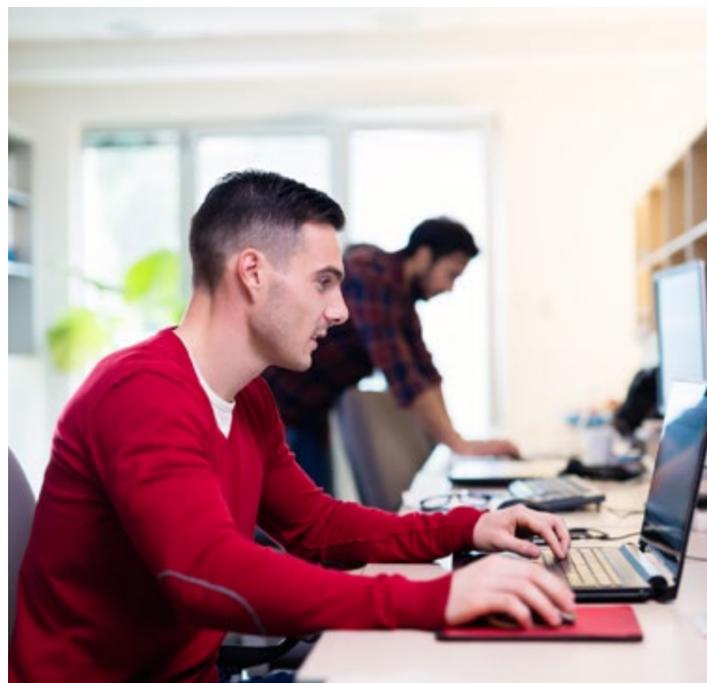
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) – vereinbart im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages – wurde bereits im Jahr 2015 eingeleitet. Dazu erstellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen umfangreichen Fragenkatalog als Evaluierungsvorlage für die Untersuchung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB). Die Evaluation durch das BiBB, vorgelegt am 10. März 2016, zeigte keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf an. Die Wirtschaftsseite strebt keine Novellierung in der verbleibenden Legislaturperiode an.

VORUNTERSUCHUNG ZUR GEPLANTEN NEUORDNUNG DER IT-BERUFE

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) hat im Verlauf des Berichtsjahres im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) den Modernisierungsbedarf der vier dualen IT-Ausbildungsberufe untersucht: Zu den untersuchten Fragestellungen gehörte, wie sich die IT-Berufe seit dem Jahr 1997 entwickelt haben und insbesondere, ob hier ein Neuordnungsbedarf besteht. Die Voruntersuchung lief bis Herbst 2016, anschließend begann die Bewertung und Entscheidung über das weitere Verfahren. Der im Dezember 2016 vorgelegte Abschlussbericht, der sich unter anderem auf die Online-Befragung von mehr als 6.000 Personal- und Ausbildungsverantwortlichen, IT-Fachkräften und Auszubildenden stützt, empfiehlt, die Anforderungsprofile und Inhalte der betroffenen Ausbildungsberufe zu überarbeiten.

Das im Auftrag des BMWi gestartete Projekt wird von



einem Beirat unterstützt, der BFB beteiligt sich in einer arbeitgeberseitigen Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Kuratoriums für Berufsbildung (KWB) am Verfahren und hat unter anderem gegenüber dem BMBF die Neuordnung der IT-Weiterbildung befürwortet. Auf Grundlage eines Vorschlags des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) wurde im September beim BMBF die Neuordnung der IT-Weiterbildung beantragt. Das BMBF hat daraufhin mitgeteilt, dass es grundsätzlich bereit sei, die Neuordnung anzuweisen. Ein eventuelles Ordnungsverfahren könnte im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Weitere arbeitgeberseitige Abstimmungsgespräche folgen im Frühjahr 2017.

DEUTSCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN

Zur besseren Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen innerhalb der Europäischen Union wurde der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) entwickelt. Mit ihm korrespondiert der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR), der alle deutschen Bildungsziele auf verschiedenen Niveaustufen verorten soll. Ziel ist, staatlich anerkannte Ausbildungsberufe in die DQR-Stufen einzuordnen.

Zum 1. August 2016 wurde die Liste der dem DQR zugeordneten Qualifikationen aktualisiert; die Aktualisierung erfolgt jährlich und berücksichtigt die Schaffung neuer Qualifikationen und Änderungen bei bestehenden Qualifikationen.

Von Seiten des Handwerks gibt es Bestrebungen, ein DQR-Gesetz in die Wege zu leiten. Die gesamte Wirtschaft ist sich in diesem Anliegen jedoch uneinig. Ein solches Gesetz soll die Vergleichbarkeit von Allgemeinbildung, beruflicher Bildung und Hochschulbildung zum Ziel haben. Aus Sicht des BFB ist eine solche Initiative abzulehnen, da der DQR immer als freiwilliges Instrument beworben worden ist und sich in diesem Sinne bewährt hat. Zudem darf der DQR keine Anerkennungen von Berufsabschlüssen oder tarifliche Implikationen auslösen.

NEXXT- INITIATIVE FÜR UNTERNEHMENSNACHFOLGE



Nexxt ist die gemeinsame Aktionsplattform des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der KfW Mittelstandsbank sowie verschiedener Partnerorganisationen (unter anderem auch der BFB) zur Unterstützung der Unternehmensnachfolge im deutschen Mittelstand.

SCHWERPUNKT QUALITÄTSFAKTOR AUSBILDUNG

ERFOLGSMODELL DUALE AUSBILDUNG

Deutschland wird um das duale Ausbildungssystem weltweit beneidet. Dafür gibt es mindestens zwei gute Gründe:

- » Deutschland verfügt über gut ausgebildete junge Menschen mit profundem Wissen an der Schnittstelle zwischen beruflicher Praxis und Theorie.
- » Deutschland hat die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit: Im Jahr 2016 lag sie bei sieben Prozent – bei EU-weit 18,7 Prozent.

Das System der dualen Ausbildung wird von den Kammern und Verbänden unterstützt und mitgestaltet.

Auch und gerade die Freien Berufe sind angewiesen auf gut ausgebildete Fachkräfte im Assistenzbereich, damit sie ihre hoch qualifizierten und hochwertigen Dienstleistungen erbringen können. Deshalb zeichnen sich die dualen Ausbildungsberufe in den Freien Berufen durch vergleichsweise hohe Anforderungen an den Auszubildenden bezüglich sprachlicher und sozialer Kompetenzen aus.



FREIE BERUFE ALS AUSBILDER

Die Freien Berufe sind der drittgrößte Ausbildungsbereich in Deutschland; sie bieten Jugendlichen eine krisensichere sowie perspektivreiche Ausbildung.

Insgesamt lernen etwa 122.000 Auszubildende bei den Freien Berufen. Eine Zahl, aus der sich weitere Fakten ableiten:

- » Die Freien Berufe haben die höchsten Zuwächse der gesamten Wirtschaft (sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen) bei neuen Auszubildenden und trotzen damit erfolgreich dem gesamtwirtschaftlich negativen demografischen Trend mit immer weniger Bewerbern.
- » Knapp 92,5 Prozent der Auszubildenden in den Freien Berufen sind weiblich. Das ist der höchste Frauenanteil der drei Wirtschaftsbereiche.
- » Die Freien Berufe weisen mit 11,5 Prozent den höchsten Ausländeranteil unter allen Ausbildungsbereichen auf, denn die hohe interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit der betreffenden Jugendlichen wird von den Freiberuflern geschätzt.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2016

	Abgeschlossene Ausbildungsverträge 2016	Veränderung zum Vorjahr
Alte Länder	39.499	1,8 Prozent
Neue Länder	4.626	3,5 Prozent
Bundesgebiet	44.125	2,0 Prozent

Duale Ausbildungsberufe	Anzahl
Medizinische Fachangestellte	15.097
Zahnmedizinische Fachangestellte	12.908
Steuerfachangestellte	7.025
Rechtsanwaltsfachangestellte/ Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte	4.866
Tiermedizinische Fachangestellte	2.271
Pharmazeutisch-kaufmännische Assistenten	1.355
Notarfachangestellte	410
Patentanwaltsfachangestellte	193
Summe	44.125

Quelle: BFB-Ausbildungsstatistik

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Im Hinblick auf die Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist es aus Sicht der Freien Berufe unabdingbar, dass dieser Personenkreis die gleichen hohen spezifischen Anforderungen erfüllt wie inländische Bewerber. Sprachkenntnisse und Qualifikation sind elementar für einen erfolgreichen Start bei und in den Freien Berufen. Deshalb ist auch die Qualifikationsfeststellung von Flüchtlingen von zentraler Bedeutung; viele Fachorganisationen der Freien Berufe wirken in diesem Prozess mit und bieten gezielt ergänzende Vorbereitungsmaßnahmen an. Die Freien Berufe unterstützen die Integration von Flüchtlingen mit spezifischen und gezielten Angeboten ([siehe Seite 18, Broschüre „Wir helfen!“](#)).

EUROPA



BINNENMARKTSTRATEGIE

Nachdem die Europäische Kommission am 28. Oktober 2015 ihre neue Binnenmarktstrategie [KOM(2015) 550 final] vorgestellt hatte, positionierte sich der BFB bereits im Dezember 2015 im Rahmen eines Positionspapiers zu freiberufler-relevanten Aspekten. Kernforderungen des BFB sind unter anderem der Verbraucher- und Patientenschutz, Praktikabilität und Bürokratieabbau, die Berücksichtigung der besonderen Rolle von Freiberuflern, die Bewertung von Berufszugangs- und Berufsausübungsregelungen im jeweiligen nationalen Kontext, die Nicht-Normierbarkeit freiberufler Dienstleistungen sowie der Grundsatz, dass es für Dienstleistungen kein Herkunftslandprinzip „durch die Hintertür“ geben darf.

Diese Anliegen thematisierte der BFB im gesamten Jahr 2016 fortlaufend bei seinen Gesprächspartnern auf nationaler und europäischer Ebene. Die Entwicklung der in der Binnenmarktstrategie angekündigten Umsetzungsinitiativen, insbesondere der Dienstleistungskarte und des Analyserasters, begleitete der BFB aufmerksam. Die hierzu angebotenen BFB-Repräsentantenrunden in Brüssel mit externen Gästen erfreuen sich bei den BFB-Mitgliedsorganisationen großer Beliebtheit.

Das Europäische Parlament verabschiedete am 26. Mai 2016 einen Initiativbericht zur Binnenmarktstrategie [P8_TA(2016)0237]. Der BFB hatte hierzu im Vorfeld Änderungen angeregt, die erfreulicherweise

in den Bericht Eingang gefunden haben. Ergänzungen betreffen die Reform des Notifizierungsverfahrens und der geplanten Dienstleistungskarte. Aufgegriffen wurden auch die BFB-Kernargumente, dass unterschiedliche Regulierungskonzepte nicht per se ein Hindernis für die Vertiefung des Binnenmarkts darstellen, Berufsreglementierungen zum Schutz von Gemeinwohl und Verbraucherschutz notwendig sein können und eine Bewertung berufsrechtlicher Regelungen nur im jeweiligen nationalen Kontext sinnvoll ist.

Im Zuge der Umsetzung der Binnenmarktstrategie koordinierte der BFB außerdem die Teilnahme an zwei öffentlichen Konsultationen der EU-Kommission. Dabei handelte es sich zum einen um das Thema „Dienstleistungskarte und regulatorische Hindernisse“ und zum anderen um das Thema „Regulierung von Berufen – Verhältnismäßigkeit und nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten“.



EUROPÄISCHES SEMESTER 2016

Der Rat der Europäischen Union verabschiedete am 12. Juli 2016 die länderspezifischen Empfehlungen 2016. Der Rat empfiehlt Deutschland weitere Maßnahmen zur Stimulierung des Wettbewerbs bei den Freien Berufen, ins-

besondere bei freiberuflichen Unternehmensdienstleistungen. Zu Veränderungen gegenüber den Vorschlägen der Europäischen Kommission vom Mai 2016 kam es nicht.

Der Rat teilte zudem die Ansicht der EU-Kommission, dass die politischen Maßnahmen Deutschlands zur Stimulierung des Wettbewerbs bei den Freien Berufen begrenzt gewesen seien. Deutschland gehöre weiterhin zu den Mitgliedstaaten mit hohen regulatorischen Hindernissen. Restriktive Regulierungen hätten nachteilige Auswirkungen auf das Preisniveau und die Arbeitsproduktivität. Deutschland habe beträchtlichen Spielraum für Verbesserungen. Reformbedarf sah der Rat weiterhin bei nicht näher spezifizierten Zulassungserfordernissen, Beschränkungen bei der multidisziplinären Zusammenarbeit, Versicherungsanforderungen, festen Gebühren sowie Erfordernissen hinsichtlich der Rechtsform und der Beteiligungsverhältnisse.

Der BFB widerspricht der These nachdrücklich, dass von einer Deregulierung freiberufler Dienstleistungen nachhaltige Wachstumsimpulse ausgehen, zumal empirische Belege fehlen. Er kritisiert, dass beispielsweise der Qualitätsaspekt und der Verbraucherschutz in den länderspezifischen Empfehlungen unberücksichtigt sind. BFB-Präsident Dr. Horst Vinken hat dies unter anderem in einem Schreiben an Sigmar Gabriel, seinerzeitiger Bundesminister für Wirtschaft und Energie, vom 6. April 2016 verdeutlicht.

WEITERE EU-INITIATIVEN

Das Europäische Parlament (EP) verabschiedete am 25. Februar 2016 einen Initiativbericht mit dem Titel „Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2016“ [P8_TA(2016)0060]. Der BFB regte auch hierzu im Vorfeld Änderungen an, die berücksichtigt wurden. So findet sich nunmehr beispielsweise die Forderung des BFB nach einer Politik, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zum Ziel hat. Zudem wurden weitere Verbesserungen und „Entschärfungen“ erreicht. Auch die vom BFB geforderte Ablehnung des Herkunftslandprinzips für Dienstleistungen „durch die Hintertür“ wurde übernommen.

Das EP nahm am 26. Mai 2016 einen weiteren Initiativbericht mit dem Titel „Nichttarifäre Hindernisse im Binnenmarkt“ an [P8_TA(2016)0236]. Der BFB regte auch zu diesem Bericht im Vorfeld Änderungen an, da der ursprüngliche Berichtsentwurf freiberufler Regelungen grundsätzlich sehr kritisch bewertet hätte. Der schlussendlich verabschiedete Bericht enthält nun differenziertere Formulierungen und mithin Verbesserungen.



BFB-STUDIE ZUR ÖKONOMISCHEN ARGUMENTATION IN DER DEREGULIERUNGSDISKUSSION

Im Berichtszeitraum holte der BFB zur Umsetzung des „Strategiekonzepts Freie Berufe – Wissenschaftliche Säule“ Angebote für eine Studie ein, die eine wissenschaftlich fundierte Argumentation für die Freien Berufe zur (insbesondere europäischen) Deregulierungsdebatte ermöglichen soll. Die Studie soll auf die ökonomischen Aspekte eingehen. Nach der Billigung durch den BFB-Vorstand im Herbst 2016 wurde die Studie an das Duesseldorf Institute for Competition Economics (DICE) (Leitung: Prof. Dr. Justus Haucap; Autoren: Prof. Dr. Alexander Rasch und Dr. Christian Waibel) vergeben.

STANDORTFRAGEN

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN



Die Integration von geflüchteten Menschen ist eine große gesellschafts- und wirtschaftspolitische Chance, aber auch eine Aufgabe, die weit mehr als kurzfristige administrative und logistische Maßnahmen verlangt. Die Engagements der Freien Berufe sind in der Publikation „Wir helfen!“ überblicksartig dargestellt ([siehe Seite 18](#)).

Aus Sicht der Freien Berufe sind für das Gelingen der Integration deutsche Sprachkenntnisse und die Anerkennung der hierzulande gelebten gesellschaftlichen Werte unverzichtbar. Darüber hinaus dürfen in puncto Arbeitsmarkt bei der Qualifikation keine Abstriche gemacht werden. Diese besonderen Standpunkte vermittelte der BFB im politischen Dialog – etwa beim Integrationsgipfel oder bei der Allianz für Aus- und Weiterbildung.

JAHRESGUTACHTEN DES SACHVERSTÄNDIGENRATS ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG „ZEIT FÜR REFORMEN“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) stellte am 2. November 2016 in Berlin sein aktuelles Jahresgutachten 2016/2017 vor. Es trägt den Titel „Zeit für Reformen“. In dem Gutachten werden, wie auch schon im Vorjahr, die Freien Berufe adressiert und ein besse-

rer Marktzugang im Dienstleistungssektor gefordert. Konstatiert wird allerdings, dass sich aus der Binnenmarktkompetenz keine umfangreichen Harmonisierungen und Vereinheitlichungen ganzer Rechtsbereiche ableiten lassen.

Der Befund, dass der Produktivitätsanstieg im Dienstleistungssektor vergleichsweise schwach war, wird immerhin durch die explizite Feststellung relativiert, dass Aussagen über die Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungsbereich unter dem Vorbehalt stehen, dass dort die Wertschöpfung nicht annähernd so gut gemessen werden kann wie etwa im Produzierenden Gewerbe.

Der BFB informierte seine Mitgliedsorganisationen ausführlich über das Jahresgutachten 2016/2017. Er hat seine Kritikpunkte zudem den Mitgliedern des Sachverständigenrats übermittelt und bemüht sich um eine Intensivierung des Dialogs mit diesem Gremium.

SOZIALVERSICHERUNG UND ALTERSVORSORGE

In der politischen Diskussion zum Reformbedarf des deutschen Alterssicherungssystems mit dem Fokus auf der Altersvorsorge von Selbstständigen wurden im Jahr 2016 im politischen Raum zunehmend Überlegungen diskutiert, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer „Erwerbstätigenversicherung“ auszubauen. Davon betroffen wären perspektivisch auch die Angehörigen der Freien Berufe.

In enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) erarbeitete der BFB dazu ein Positionspapier, das primär der verbandsinternen Verwendung zugeführt wurde. Die Hauptforderungen des Papiers sind:

- » das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge beizubehalten;
- » die Altersabsicherung von Selbstständigen durch weitere Anreize zur privaten Vorsorge zu verbessern;

- » von einer undifferenzierten und obligatorischen Pflichtversicherung für Selbstständige abzusehen und – falls die Politik entgegen der BFB-Empfehlung eine Pflichtversicherung für alle bisher nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen als sinnvoll erachten würde – zumindest Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform zu ermöglichen;
- » die bewährten und funktionierenden Versorgungswerke der Freien Berufe zu erhalten.



DIGITALISIERUNG

Der BFB-Vorstand hat in seiner Sitzung am 19. September 2016 die Digitalisierung als Arbeitsschwerpunkt des BFB festgelegt und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen. Die Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe „Digitalisierung“ fand am 19. Dezember 2016 in den Räumlichkeiten der Bundeszahnärztekammer statt. Im Fokus standen die Themen „Digitalisierung in der Rechnungslegung“ und „Digitalisierung im Gesundheitswesen“ mit Vorträgen von Dr. Robert Mayr, Vorstandsvorsitzender der Datev eG und Dr. Jörg Haas, Vorstandsvorsitzender der HW Partners AG.

In der Sitzung wurden folgende Themen angesprochen:

- » Digitalisierung durchzieht die gesamte Lebens- und Arbeitswelt („Transformation“).
- » Digitalisierung hilft bei der Vereinfachung von Prozessen, indem diese in einer einheitlichen Wertschöpfungskette abgebildet werden.

- » Digitalisierung bedeutet Automatisierung und Verschiebung von Arbeitsplätzen, daher hat sie eine sozial-politische Dimension (tiefgreifender Strukturwandel!).
- » In Zeiten zunehmender Digitalisierung gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sicherzustellen und dafür die richtigen Lösungsansätze zu finden.
- » Digitalisierung definiert neue Spielregeln und neue Erfolgskriterien. Der globale digitale Markt entwickelt sich mit enormer Geschwindigkeit.
- » Digitalisierung bietet Möglichkeit zur Kooperation; diese wiederum birgt extremes Wachstumspotenzial.
- » Datenschutz und Datensicherheit dürfen nicht zu kurz kommen.

Die Arbeitsgruppe Digitalisierung setzt ihre Arbeit im Jahr 2017 fort.



DATENSCHUTZ



Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) trat am 25. Mai 2016 in Kraft. Die EU-DSGVO gilt ab 25. Mai 2018 in Deutschland. Der Datenschutz ist für die Freien Berufe als Dienstleister im Umgang mit sensiblen Daten von hoher Relevanz. Der BFB setzte und setzt sich für ein hohes Niveau des Datenschutzes, welches gleichzeitig nicht die wirtschaftliche und personelle Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft übersteigen darf, ein. Zudem sind im Bereich der Freien Berufe die besonderen Belange der Berufsgeheimnisträger zu berücksichtigen.

In einem an Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, adressierten Brief vom 16. August 2016 begrüßte der BFB, dass die EU-DSGVO für die Umsetzung in nationales Recht in bestimmten Punkten Öffnungsklauseln zulässt, die es ermöglichen, die Schnittstellen zum Berufsrecht stimmig auszugestalten. Gleichzeitig stellte der BFB klar, dass der Schutz des Berufsgeheimnisses gegenüber den Informationspflichten des Datenverarbeiters Vorrang haben müsse, um das freiberuflertypische Vertrauensverhältnis zu den Klienten, Mandanten, Patienten und Kunden zu schützen. Eine maßvolle, zweckgerichtete Verarbeitung von Daten müsse weiter gewährleistet sein, damit freiberufliche Tätigkeit

möglich sei. Die in den nationalen Datenschutzgesetzen bereits vorgesehenen Ausnahmen müssten erhalten bleiben, um einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen einer pflichtgemäßen Ausübung des Berufs einerseits und den Betroffenenrechten andererseits zu wahren.

„ARBEITEN 4.0“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) stellte am 29. November 2016 das Weißbuch „Arbeiten 4.0“ zur Zukunft der Arbeit vor. Das Weißbuch ist als Bilanz zum Dialogprozess zwischen Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen zum „Arbeiten 4.0“ entstanden und baut auf dem Grünbuch aus dem Jahr 2015 auf, zu dem der BFB ein Positionspapier erstellt hatte.

Die Kernaussagen des Weißbuchs sind:

- » **Statt massenhafter Automatisierung von Arbeitsplätzen ist ein Wandel der Tätigkeiten sowie eine Verschiebung zwischen den Branchen wahrscheinlich. Erforderlich ist, Qualifikation frühzeitig und präventiv zu stärken. Dies entspricht der BFB-Forderung, Weiterbildung zu fördern.**
- » **Ein Wahlarbeitszeitgesetz soll mehr Flexibilität bei der Wahl von Arbeitszeit und -ort ermöglichen. Das korrespondiert mit der BFB-Forderung nach flexiblen Arbeitsstrukturen.**
- » **Der Beschäftigtendatenschutz soll weiterentwickelt werden.**
- » **Solo-Selbstständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies lehnt der BFB ab (siehe Seite 32 f.).**

Der BFB hat Anfang Dezember 2016 das Weißbuch „Arbeiten 4.0“ ausführlich für seine Mitgliedsorganisationen aufbereitet; über eine weitere Positionierung im Jahr 2017 ist neu zu entscheiden.

ERHALT DER SELBSTVERWALTUNG

Das Bundeskabinett beschloss am 16. November 2016 den Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung der Spitzenorganisationen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie zur Stärkung der über sie geführten Aufsicht“ (GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz). Der Gesetzentwurf soll die Informations-, Berichts- und Dokumentationspflichten der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane an Aufsichtsbehörden ausdehnen; die Rechtsaufsicht des Bundesgesundheitsministeriums wird präzisiert.

Die Kabinetttvorlage wurde in einigen Passagen gegenüber der Entwurfsfassung entschärft. Diesbezüglich hatte auch der BFB in einem Brief an Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit, für den Erhalt der Qualität und Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltung und das Unterlassen einer Ausweitung staatlicher Zuständigkeiten geworben.



Am 14. Dezember 2016 fand mit dem Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Meinungsaustausch zum GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz auf Initiative des BFB statt.

Die Freien Berufe waren durch Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer,

BFB-Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, und Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bundesärztekammer, sowie Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer vertreten. Das Gespräch wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden des PKM-Gesprächskreises, Dietrich Monstadt MdB, geleitet.

Im Mittelpunkt stand die Frage, ob überhaupt ein gesetzgeberischer Regelungsbedarf für die Zielsetzung des Gesetzes, die Stärkung der berufsständischen Selbstverwaltung, bestehe. Die Vertreter der Freien Berufe stellten klar, dass sich bei den Freien Berufen das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Berufsstand im Bereich der Fach- und Rechtsaufsicht seit Jahrzehnten insgesamt bewährt habe. Das Modell der Selbstverwaltung unterliege einer kontinuierlichen Weiterentwicklung durch die jeweiligen Berufe selbst. Es liege daher im ureigenen Interesse der berufsständischen Selbstverwaltung, die singulären Vorkommnisse aufzuarbeiten, die die Politik nun zum Anlass nehme, weitreichende Eingriffe in die Selbstverwaltung vorzunehmen. Sie plädierten nachdrücklich dafür, die staatlichen Befugnisse und Kontrollen zulasten der Selbstverwaltung nicht kleinteilig weiter auszuweiten, sondern die Kompetenzsphären auch künftig klar voneinander zu trennen, damit das Zusammenspiel zwischen Rechtsaufsicht und Fachaufsicht funktionsfähig bleibe. Mit Nachdruck warben die Vertreter der Freien Berufe für Vertrauen in die Selbstverwaltung. Das Gesetzgebungsverfahren soll noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden.

BFB-INTERNE TASK FORCE „SYNDIKUSANWÄLTE“

Zum 1. Januar 2016 ist das „Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung“ in Kraft getreten. Kern des Gesetzes ist die Schaffung des Syndikusrechtsanwalts. Volljuristen, die anwaltlich bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber (Unternehmen, Verein/Verband) arbeiten, können sich als solche zulassen lassen.



In diesem Kontext fanden beim BFB mehrere Hintergrund- und Informationsgespräche zu ersten Erfahrungen der Rechtsanwaltskammern und der Deutschen Rentenversicherung Bund bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und der potenziellen Ausstrahlungswirkung des Gesetzes auf weitere Freie Berufe statt. Erörtert wurden außerdem mögliche Auswirkungen der Neuregelungen auf einzelne die Freien Berufe betreffende Verfahren in puncto Befreiung von der Rentenversicherungspflicht zugunsten der berufsständischen Versorgung vor dem Bundessozialgericht. Dabei wurde auch die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) einbezogen. Diskutiert wurde unter anderem die Forderung nach einer Änderung des Sozialrechts (Einführung der Versicherungsfreiheit für die Freien Berufe). Unbeschadet der möglicherweise schwierigen politischen Durchsetzbarkeit hielten zahlreiche Teilnehmer die Forderung nach einer Änderung des Sozialrechts nicht zuletzt unter rechtssystematischen Gründen grundsätzlich für sachlich berechtigt und begrüßenswert. Im Nachgang zum BFB-Gesprächskreis führte der BFB das Positionspapier der Bundesarchitektenkammer „Berufliche Mobilität sichern – Altersversorgung der angestellten Architekten und Freien Berufe zukunftsfest gestalten“ vom Juni 2016 am 24. Juni 2016 einer internen Mitgliederberatung zu.

VERGABERECHT

Auch im Bereich des Vergaberechts war der BFB im Jahr 2016 weiter aktiv. Nach Verabschiedung der Neuerungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen fand im Februar 2016 ein Austausch mit dem Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu den Normierungen der Verfahrensregelungen in der (Mantel-)Vergabeverordnung (VgV) mit Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, dem Vorsitzenden des PKM-Gesprächskreises „Freie Berufe“, und acht weiteren Bundestagsmitgliedern statt. Die Freien Berufe waren vertreten durch Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident der Bundesingenieurkammer, Dr.-Ing. Volker Cornelius, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident des Verbandes Beratender Ingenieure, und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die in der Verordnung enthaltenen Regelungen zu Planungswettbewerben, Eignungskriterien, Kosten und Vergütung und zur Auftragswertberechnung.

Nachdem im April 2016 die Modernisierung des Vergaberechts oberhalb der EU-Schwellenwerte in Kraft trat, veröffentlichte das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Herbst 2016 den Entwurf der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO). Diese soll die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - Teil A, Abschnitt 1, ablösen, die im Rahmen der Vergaberechtsreform 2016 nicht angepasst wurde. Zwei Inhalte des Entwurfs sind größere Freiheiten bei der Verfahrenswahl und neue Übergangsfristen für elektronische



Angebote. Der Entwurf zur UVgO folgt strukturell der neuen VgV, so dass öffentliche Auftraggeber wie auch die Wirtschaft bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen einem ähnlichen Regelaufbau folgen könnten. Da die Regeln für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte dem Haushaltsrecht zugeordnet sind, ist die Abstimmung eines (zunächst) unverbindlichen Regelungstexts und die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erforderlich. Beides soll noch in der ersten Jahreshälfte 2017 erfolgt sein.

Das BMWi führte auf der Grundlage des Entwurfs Konsultationen durch, an denen sich der BFB aktiv beteiligte. Der BFB stimmte hierzu im Oktober 2016 im Kreis der BFB-Mitgliedsorganisationen ein Positionspapier zum Entwurf der UVgO ab, in welchem das grundsätzliche Bekenntnis der Bundesregierung zum Prinzip der Mittelstandsgerechtigkeit, der Transparenz und der Verbesserung der Anwenderfreundlichkeit sowie die Harmonisierung gleicher Regelungsinhalte in den unterschiedlichen Vergabeordnungen begrüßt wird. In dem insbesondere eng mit den technischen und rechtsberatenden Berufen abgestimmten Papier an das BMWi sprach sich der BFB gegen die Einbeziehung freiberuflicher Leistungen in die UVgO und für die Regelung höherer Wertgrenzen für Direktvergaben aus. Die besondere Art der Leistung im geistig-ideellen und damit nicht beschreibbaren Bereich, die persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig erbracht wird, bedinge eigenständige Regelungen für das Vergabeverfahren. Darüber hinaus warb der BFB in einem an die Arbeitsebene des BMWi adressierten Brief dafür, dass in dem für kleine und mittlere Unternehmen besonders relevanten Unterschwellenbereich eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung, Transparenz, bessere Anwenderfreundlichkeit sowie Harmonisierung gleicher Regelungsinhalte erreicht werden müsse.

Der BFB wird die weitere Umsetzung des Modernisierungspakets aus übergreifender Sicht auch in Zukunft kritisch-konstruktiv begleiten.

NORMUNG

Das Deutsche Institut für Normung (DIN) erarbeitete vor dem Hintergrund der am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen europäischen Verordnung zur Standardisierung (EU Regulation 1025/2012) die Eckpunkte für die „Deutsche Normungsstrategie 2020“. Am 3. November 2016 beschloss das DIN-Präsidium die „Deutsche Normungsstrategie 2020“.

Der BFB war durch die Mitarbeit in den Gremien des DIN wie der Kommission Mittelstand (KOMMIT), der Koordinierungsstelle Dienstleistungen (KDL), des Normenausschusses Dienstleistungen (NADL), des neu gegründeten Strategieausschusses zur Dienstleistungsnormung (NA 159 BR-02 SO „Strategie“) sowie durch die Teilnahme an der Stakeholder-Konferenz am 27. September 2016 eng in die Definition der Zielvorgaben für die Strategie eingebunden und hat die besonderen Belange der Freien Berufe in Normungsprozessen adäquat eingebracht.

Der BFB nahm in diesem Kontext an der Konsultation zum Entwurf der Strategie teil und übermittelte am 16. August 2016 in seiner Stellungnahme die berufsüber-



greifenden Aspekte der Freien Berufe. Unter Hervorhebung der Nicht-Normbarkeit der freiberufler-typischen geistig-schöpferischen Leistungserbringung forderte der BFB, Normprojekte, die freiberufliche Leistungen betreffen, sehr sorgfältig auf deren Notwendigkeit hin zu überprüfen. Die Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission gerade im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Dienstleistungen müsse gewahrt bleiben. Normen und Standards seien als ein freiwilliges Instrument anzusehen und dürften nicht im Widerspruch zu nationalen Gesetzen und Rechtsvorschriften stehen.

Ein weiterer Bereich der BFB-Normungsarbeit war die Mitarbeit im Akkreditierungsbeirat der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung. Dort wurde unter anderem über den Verfahrensstand im Bereich EU-Emissionshandel und Greenhouse-Gas (GHG), Verifizierungen im nicht geregelten Bereich, den Einsatz akkreditierter Zertifizierungsstellen im Rahmen des Energiedienstleistungsgesetzes, die Umsetzung der Konformitätsbewertungsprogramme sowie über die aktuell in Bearbeitung befindlichen Regelungen beraten.

FACHBEIRAT EINHEITLICHER ANSPRECHPARTNER

Als Mitglied im Fachbeirat „Einheitlicher Ansprechpartner 2.0“ (EA 2.0) war der BFB bei der Abstimmung des Konzepts zur Ermittlung strategischer Gestaltungsgrundsätze sowie zur Ausgestaltung des EA-Netzwerks (Navigationsstruktur, Darstellung und Gestaltung Frontoffice) aktiv. Rechtsgrundlage der Arbeiten der Bund-Länder Arbeitsgruppe ist Artikel 6 der EU-Dienstleistungsrichtlinie, wonach die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass Dienstleistungserbringer alle für die Aufnahme und die Ausübung ihrer Dienstleistung nötigen Verfahren und Formalitäten über EA abwickeln können. Aufgrund dessen hat die Wirtschaftsministerkonferenz bereits im Juni 2014 die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „EU-Dienstleistungsrichtlinie“ beauftragt, das Projekt zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur künftigen Ausrichtung der EA innerhalb einer unternehmensfreundlichen Verwaltung in Bund und Ländern durchzu-

führen. Die berufsständischen Kammern als zuständige Stelle für das Berufsamerkenungsverfahren sollen künftig noch enger mit den EA zusammenarbeiten und eine zunehmende digitale Bereitstellung der notwendigen Informationen unterstützen. Bis Ende 2017 soll das Projekt fertiggestellt werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) erwägt, weitere Partner (zum Beispiel Kammern) in das EA-Netzwerk ohne die Legitimierung über die EA-Gesetze einzubinden, beispielsweise über Kooperationsvereinbarungen.

Der BFB informierte seine Mitgliedsorganisationen über diese Vorhaben und leitete den Mitgliedern Umfragen zur Identifizierung der besonders KMU-relevanten Verfahren sowie zur Teilnahme der Bewertung der Nutzerfreundlichkeit der Länderportale zu. Gegenüber dem befassten Ministerium wies der BFB darauf hin, dass die Neugestaltung des EA keinesfalls zu einer (finanziellen) Mehrbelastung der Kammern führen dürfe.



Über die Einheitlichen Ansprechpartner können Dienstleister alle dienstleistungsrelevanten Verfahren und Formalitäten abwickeln.

MITGLIEDSORGANISATIONEN DES BFB

Im Jahr 2016 gehörten dem Bundesverband der Freien Berufe e. V. 41 Mitgliedsorganisationen und 15 Landesverbände an.

Heilberuflicher Bereich

1. ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
2. Bundesärztekammer / Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammer
3. Bundespsychotherapeutenkammer
4. Bundesverband Praktizierender Tierärzte e.V.
5. Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten - IFK e.V.
6. Bundeszahnärztekammer / Arbeitsgemeinschaft der deutschen Zahnärztekammern e. V.
7. Freie Heilpraktiker e.V.
8. Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände GFB
9. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V.
10. Kassenärztliche Bundesvereinigung
11. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
12. Verband der Privatärztlichen Verrechnungsstellen e.V.

Rechts-, steuer- und wirtschaftsberatender Bereich

1. Berufsverband der Datenschutzbeauftragten (BvD) e.V.
2. Bundesnotarkammer
3. Bundesrechtsanwaltskammer
4. Bundessteuerberaterkammer
5. Bundesverband der Rentenberater e.V.
6. Bundesverband der Steuerberater e.V.
7. Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e.V.
8. Deutscher Anwaltverein e.V. (DAV)
9. Deutscher Steuerberaterverband e.V.
10. HLBS Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V.
11. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)
12. Patentanwaltskammer
13. Wirtschaftsprüferkammer

Technischer und naturwissenschaftlicher Bereich

1. AHO Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung e. V.
2. Arbeitsgemeinschaft der Kfz-Sachverständigen e.V. - AGS
3. Bundesarchitektenkammer / Bundesgemeinschaft der Architektenkammern

4. Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. BDB
5. Bund Deutscher Innenarchitekten e.V. BDIA
6. Bund Deutscher Landschaftsarchitekten e.V. BDLA
7. Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V. (BDVI)
8. Bundesingenieurkammer e.V.
9. Bundesverband öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger e.V.
10. Bundesvereinigung der Prüflingenieure für Bautechnik e.V.
11. Verband Beratender Ingenieure VBI
12. Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e.V. VfA

Kultureller Bereich

1. aya ashtanga-yoga-association e.V.
2. DPV Deutscher Presse Verband e.V.
3. Internationaler Verband der Konferenzdolmetscher (AIIC) - Regionalgruppe Deutschland -
4. Verband der Restauratoren VDR

Landesverbände

1. Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg e.V.
2. Verband Freier Berufe in Bayern e.V.
3. Verband der Freien Berufe in Berlin e.V.
4. Landesverband der Freien Berufe Brandenburg e.V.
5. Verband Freier Berufe in der Freien und Hansestadt Hamburg e.V.
6. Verband Freier Berufe in Hessen
7. Landesverband der Freien Berufe Mecklenburg-Vorpommern e.V.
8. Verband der Freien Berufe im Lande Niedersachsen e.V.
9. Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
10. Landesverband der Freien Berufe Rheinland-Pfalz e.V.
11. Verband der Freien Berufe des Saarlandes e.V.
12. Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V.
13. Landesverband der Freien Berufe Sachsen-Anhalt e.V.
14. Landesverband der Freien Berufe in Schleswig-Holstein e.V.
15. Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.

PRÄSIDIUM UND VORSTAND DES BFB

PRÄSIDIUM

Präsident:

StB/WP Dr. Horst Vinken

Vizepräsident und Schatzmeister:

StB/WP Harald Elster, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes

Vizepräsidenten:

StB/vBP Gerhard Albrecht, Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer

RA/StB Dr. Björn Demuth, Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg

Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer

Dipl.-Ing. Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer

RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Bundesingenieurkammer

Ehrenpräsident:

Dr. Ulrich Oesingmann

Hauptgeschäftsführerin:

Dr. Stephanie Bauer

VORSTAND

Vorsitz:

StB/WP Dr. Horst Vinken, BFB-Präsident

Mitglieder:

Dr. Jens Bormann, Präsident der Bundesnotarkammer

Dipl.-Ing. Joachim Brenncke, Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer

Dr.-Ing. Volker Cornelius, Präsident des Verbandes Beratender Ingenieure

Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

WP/RA Dr. Hans-Friedrich Gelhausen, Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer

Dr. Hans-Joachim Götz, Vertreter des Bundesverbandes Praktizierender Tierärzte

RA Manfred Hamannt, Vertreter des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland

Dipl.-Ing. Matthias Irmischer, Präsident der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands

Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Bundesingenieurkammer und BFB-Vizepräsident

StB/WP Prof. Dr. Dipl.-Kfm. H.-Michael Korth, Vizepräsident des Deutschen Steuerberaterverbandes

RA Dr. Friedwald Lübbert, Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer

Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer

RAuN Dr. Thomas Remmers, Präsident der Rechtsanwaltskammer Celle und Vizepräsident der Bundesrechtsanwaltskammer

StB/WP/RA Dr. Raoul Riedlinger, Präsident der Bundessteuerberaterkammer

Dr. Regina Ruppert, Vizepräsidentin des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater

Dipl.-Pharm. Friedemann Schmidt, Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände

Dipl.-Ing. Vera Schmitz, Präsidentin des Bundes Deutscher Innenarchitekten

Dr. Giesbert Schulz-Freywald, Präsident des Verbandes Freier Berufe in Hessen

Thomas Spaeing, Vorsitzender des Vorstandes des Berufsverbandes der Datenschutzbeauftragten Deutschlands

Dipl.-Ing. Jakob von Allwörden, Vizepräsident des Bundesverbandes öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger

Dipl.-Ing. Peter Wilhelm, Mitglied des Vorstandes der Patentanwaltskammer

AUSGEWÄHLTE TERMINE VON JANUAR BIS DEZEMBER 2016

- **13. Januar 2016**
BFB-Neujahrsempfang mit Dr. Frank-J. Weise, seinerzeitiger BA-Vorstandsvorsitzender und BAMF-Leiter
- **20. Januar 2016**
Rede BFB-Präsident Dr. Horst Vinken beim 4. Cloud Unternehmertag über die Freien Berufe im Digitalen Wandel
- **18. Februar 2016**
Treffen mit dem Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Vergaberechtsmodernisierung mit Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident der Bundesingenieurkammer, und Dr.-Ing. Volker Cornelius, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident des Verbandes Beratender Ingenieure
- **4. März 2016**
Austausch mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresgutachten 2015
- **15. März 2016**
BFB-Präsidiumssitzung und BFB-Vorstandssitzung
- **16. März 2016**
Rede BFB-Präsident Dr. Horst Vinken auf der 55. Münchener Steuerfachtagung
- **3. Mai 2016**
BFB-Präsidiumssitzung
- **20. Mai 2016**
Podiumsdiskussion des Instituts für Berufsrecht (IBR) zu Entwicklungslinien bei reglementierten und Freien Berufen mit Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins
- **1. Juni 2016**
Europatag von Bundeszahnärztekammer und BFB mit Dr. Peter Engel, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, sowie Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
- **2. Juni 2016**
Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung mit Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins
- **7. Juni 2016**
Gespräch von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
- **7. Juni 2016**
Austausch von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Dr. Regina Ruppert, BFB-Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater, und BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer mit Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin
- **7. Juni 2016**
Parlamentarischer Abend der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand unter BFB-Federführung
- **13. Juni 2016**
BMW-Workshop „Modellhaftes Weiterbildungskonzept zur Digitalisierung für KMU-Beschäftigte“ mit BFB-Vorstandsmitglied Thomas Spaeing
- **21. Juni 2016**
BFB-Präsidiumssitzung
- **22. Juni 2016**
BFB-Mitgliederversammlung 2016
- **29. Juni 2016**
Parlamentarischer Abend in Brüssel mit BFB-Präsident Dr. Horst Vinken, Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Gerhard Albrecht, BFB-Vizepräsident und Vizepräsident der Wirtschaftsprüferkammer, Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Vizepräsident und Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident, BFB-Vorstandsmitglied und Präsident der Bundesingenieurkammer, sowie BFB-Hauptgeschäftsführerin Dr. Stephanie Bauer
- **19. September 2016**
BFB-Präsidiumssitzung und BFB-Vorstandssitzung
- **13. Oktober 2016**
Festakt 25 Jahre Weiterbildungsstipendium der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung mit Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka und einer Rede von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken
- **14. November 2016**
Teilnahme von BFB-Präsident Dr. Horst Vinken beim 9. Integrationsgipfel der Bundesregierung im Bundeskanzleramt
- **30. November 2016**
BFB-Präsidiumssitzung
- **14. Dezember 2016**
Treffen mit dem Gesprächskreis „Freie Berufe“ des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz mit Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer, BFB-Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, und Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bundesärztekammer

STELLUNGNAHMEN, POSITIONSPAPIERE, FAKTENBLÄTTER UND POLITISCHE BRIEFE

BFB-Stellungnahmen

- » 15. Juli 2016, Öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission: Dienstleistungspass & Regulatorische Hindernisse
- » 16. August 2016, Deutsche Normungsstrategie 2020
- » 19. August 2016, Öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission: Regulierung von Berufen – Verhältnismäßigkeit und nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten

BFB-Positionspapiere und Kurzpositionen

- » 5. Juli 2016, Altersvorsorge von Selbstständigen
- » 5. Juli 2016, Entgeltgleichheitsgesetz
- » 20. Oktober 2016, Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (UVgO-E)

BFB-Faktenblätter

- » 20. Juni 2016, Wirtschaftliche Bedeutung der Freien Berufe
- » 1. Juli 2016, Aufbau und Struktur des Bundesverbandes der Freien Berufe e. V.

Politische Briefe – exemplarisch

- » 6. April 2016, an Sigmar Gabriel, seinerzeitiger Bundesminister für Wirtschaft und Energie, zu den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission
- » 6. April 2016, an Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen, und Sigmar Gabriel, seinerzeitiger Bundesminister für Wirtschaft und Energie, zum Thema „Vereinheitlichung der allgemeinen Bürgerschaftsbedingungen“
- » 22. Juni 2016, an Peter Altmaier, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, anlässlich der Beratungen des Europäischen Rats zum Dienstleistungspass
- » 16. August 2016, an Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, hinsichtlich der Ausgestaltung der
- » Öffnungsklauseln bei der EU-Datenschutzgrundverordnung
- » 14. Oktober 2016, an Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit, zum sogenannten „GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“
- » 12. Dezember 2016, an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, bezüglich der Vorschlagsberechtigten für den „Nationalen Integrationspreis“
- » 23. Dezember 2016, an die Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Isabel Schnabel und Prof. Volker Wieland, Ph.D., zu den Aussagen des Jahresgutachtens 2016

PRESSE- UND MITGLIEDERMITTEILUNGEN

- » 5. Januar 2016 BFB-Konjunkturumfrage – Solide Wirtschaftslage bei den Freien Berufen, die auch weiterhin ein wichtiger Beschäftigungsmotor bleiben
- » 18. Januar 2016 BFB-Neujahrsempfang mit Dr. Frank-J. Weise, seinerzeitiger BA-Vorstandsvorsitzender und BAMF-Leiter – „Arbeit schafft Arbeit“
- » 7. März 2016 Gemeinsame Pressemitteilung der Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung – Woche der Ausbildung 2016 gestartet
- » 2. Juni 2016 Europatag von BZÄK und BFB – Freie Berufe im Deregulierungsfokus der EU-Kommission
- » 2. Juni 2016 Allianz für Aus- und Weiterbildung zieht positive Bilanz und beschließt zentrale Arbeitsschwerpunkte
- » 14. Juni 2016 Vorstellung Jahresmittelstandsbericht der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand bei einem Parlamentarischen Abend – Der Mittelstand – starker Partner für Europa
- » 20. Juni 2016 Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen zum Stichtag 1. Januar 2016 – „Immer mehr Freiberufler beschäftigen immer mehr Mitarbeiter“
- » 23. Juni 2016 BFB-Mitgliederversammlung 2016 – Neue Mitgliedsorganisationen verstärken den BFB
- » 1. August 2016 BFB-Konjunkturumfrage Sommer 2016 – Freie Berufe behaupten ihre wirtschaftliche Bedeutung
- » 15. November 2016 9. Integrationsgipfel der Bundesregierung – Freie Berufe leisten ihren Beitrag zur Integration der Flüchtlinge.
- » 8. Dezember 2016 BFB zur Diskussion über das EuGH-Urteil zum Versand verschreibungspflichtiger Arzneimittel durch ausländische Versandapotheken – „Subsidiaritätsprinzip wahren – nationale Gestaltungsspielräume bei reglementierten Berufen erhalten“
- » 21. Dezember 2016 BFB-Konjunkturumfrage Herbst/Winter 2016 – Wirtschaftslage der Freiberufler weiter dynamisch



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone,
um auf www.freie-berufe.de zu gelangen
und weitere Information über den BFB zu erhalten.